

# DATA BERICHT 2014

EXTREME ARMUT  
BEKÄMPFEN -  
AFRIKAS ZUKUNFT  
FINANZIEREN

ONE





# DATA BERICHT 2014

EXTREME ARMUT  
BEKÄMPFEN -  
AFRIKAS ZUKUNFT  
FINANZIEREN



# INHALT

- 03 → **Zusammenfassung**
- 13 → **Wo steht Deutschland?**
- 23 → **Schlussbemerkung**
- 31 → **Übersichtstabellen**
- 38 → **Endnoten**



# ZUSAMMENFASSUNG

Auf dem langen Weg zum Ende extremer Armut sind wir an einem entscheidenden Punkt angekommen. Die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) haben dazu beigetragen, dass sich die internationale Aufmerksamkeit und die Mittel darauf ausgerichtet haben, ehrgeizige Ziele zu erreichen.<sup>1</sup> In vielen Bereichen wurden enorme Fortschritte erzielt: bei der Bekämpfung globaler Epidemien, bei der Senkung der Kindersterblichkeit und bei der Trinkwasserversorgung. Es gelang, den Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, weltweit zu halbieren. Inzwischen sinkt er auch in Afrika.<sup>2</sup> In anderen Bereichen sieht es jedoch bedeutend schlechter aus. Zudem gefährden Probleme wie hohe Jugendarbeitslosigkeit, wachsende Ungleichheit und die Folgen des Klimawandels künftige Fortschritte.

In den nächsten zwölf Monaten ist die Welt aufgerufen, ambitionierte und inspirierende neue Entwicklungsziele für die kommenden 15 Jahre zu beschließen – und eine Strategie für ihre Umsetzung. Entscheidend ist, dass die Ziele klar und quantifizierbar sind und vom selben Schwung wie die MDGs getragen werden. Gleichzeitig müssen sie Lösungswege für wichtige neue Probleme beinhalten – mit dem übergeordneten Ziel, die extreme Armut im Rahmen globaler Bemühungen bis zum Jahr 2030 zu beseitigen. Um diese Agenda umzusetzen, sind beispielloser politischer Wille und finanzielle Mittel nötig – gleichzeitig gibt es in der Welt auch mehr Wohlstand als je zuvor. Die Frage ist, wie sich dieser Wohlstand am besten nutzen lässt, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Die Regierungen aller Länder – gemeinsam mit Bürgern, dem Privatsektor und der Wissenschaft – müssen jetzt einen tragfähigen Handlungsplan zur Finanzierung der neuen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) vereinbaren. Im Juli 2015 wird in Addis Abeba die Third International Conference on Financing for Development stattfinden.<sup>3</sup> Im Vorfeld der Formulierung der SDGs bietet diese Konferenz die Chance, die Diskussionen um einen strategischen Rahmen der Entwicklungsfinanzierung voranzubringen. Die Vorbereitungen auf die Konferenz sind bereits im Gange. Parallel dazu laufen die Diskussionen im Development Assistance Committee (DAC) der OECD – der Vereinigung der traditionellen Geberländer, die die staatliche Entwicklungshilfe (ODA) dokumentiert – über die Neuformulierung von Definition, Umfang und Zielrichtung der ODA sowie über ein neues System, um die Entwicklungsfinanzierung zu messen. Die zukünftige, reformierte ODA muss einer sich schnell wandelnden globalen Finanzierungslandschaft Rechnung tragen und die ärmsten und anfälligsten Länder weiterhin ausreichend unterstützen.

Die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit wandelt sich, aber Entwicklungshilfegelder werden in vielen Ländern auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die globalen Armutsmuster werden sich verschieben: Gegenwärtig lebt in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara etwa ein Drittel der Ärmsten der Welt. Man geht jedoch davon aus, dass es bis 2030 die – vielleicht große – Mehrheit sein wird.<sup>4</sup> Mehr als die Hälfte aller afrikanischen Länder südlich der Sahara sind gegenwärtig LDCs (Least Developed Countries). Und die staatlichen Pro-

Kopf-Ausgaben sind im Großteil der Region – mit weniger als 500 US-Dollar pro Jahr – nach wie vor extrem niedrig.<sup>5</sup> LDCs bleiben hochgradig abhängig von Entwicklungszusammenarbeit, die mehr als 70 Prozent ihrer internationalen Mittelzuflüsse ausmacht.<sup>6</sup> Und auch wenn alle Finanzmittel wichtig sein werden, ist ODA die einzige Form der Mittelbereitstellung von außen, die ausdrücklich auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt. Zudem ist sie berechenbarer als andere Finanzierungsformen wie beispielsweise ausländische Direktinvestitionen (FDI).

Gleichzeitig haben die afrikanischen Länder jedoch ein enormes Potential, selbst mehr Eigenmittel für die Entwicklung zu mobilisieren und letztlich unabhängig von Entwicklungszusammenarbeit zu werden. Dies ist möglich durch die Erhöhung des Steueraufkommens und eine ergebniswirksamere und transparentere Verwendung dieses Geldes. In der unmittelbaren Zukunft kann Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielen, weil sie helfen kann, die Steuersysteme und Haushaltsprozesse in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Neben der Entwicklungszusammenarbeit sind viele weitere Gelder wichtig für die Partnerländer – darunter private Investitionen, Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Migranten, Handelseinnahmen sowie Mittel für die Finanzierung des Klimaschutzes. Die Regierenden stehen in der Pflicht, diese sonstigen Zuflüsse zu fördern und ihre armutsreduzierende Wirkung so weit

wie möglich zu verstärken – auch durch eine stimmige staatliche Politik. Die Analyse dieser zahlreichen Mittelflüsse würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. ONE ruft die betreffenden Länder und andere Partner jedoch auf, eine Datenrevolution zu starten, die auch die Verfügbarkeit belastbarer, vergleichbarer Daten zu allen Arten von Zuflüssen verbessert, die einen Einfluss auf die Entwicklung haben können.

**Der DATA-Bericht 2014 von ONE (Extreme Armut bekämpfen – Afrikas Zukunft finanzieren) verfolgt drei Ziele:**

Erstens führen wir unsere bewährte Tradition fort, Rechenschaft von der Politik zu fordern und die Einhaltung von Verpflichtungen im Hinblick auf die Entwicklungsfinanzierung zu überwachen. Unter Verwendung der neuesten offiziellen Daten analysieren wir in diesem Bericht ODA-Trends – global und bezogen auf die afrikanischen Länder südlich der Sahara. Dabei nehmen wir auch die Verpflich-

tung der Europäischen Union unter die Lupe, bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für ODA aufzuwenden und die Hälfte der Zuwächse nach Afrika fließen zu lassen.

Zweitens enthält der Bericht eine detaillierte Analyse der Zusammensetzung und Ausrichtung von ODA sowie sich daraus ergebende Schlussfolgerungen für die Überarbeitung des gegenwärtigen, veralteten Systems, das festlegt, nach welchen Kriterien konzessionäre Darlehen als ODA gezählt werden. Damit tragen wir dem laufenden DAC-Prozess der Überarbeitung der ODA-Definition Rechnung.

Drittens knüpft der DATA-Bericht an die letztjährigen Analysen der Eigenmittel der Empfängerländer an und erläutert, welche Fortschritte die afrikanischen Länder südlich der Sahara bei der Erhöhung ihrer Ausgaben für Gesundheit, Landwirtschaft und Bildung gemacht haben.

**2015 bietet eine historisch einmalige Chance. Die im kommenden Jahr gefassten Beschlüsse werden Gradmesser dafür sein, ob wir in der Lage sind, uns den wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Herausforderungen unserer Generation zu stellen. Die in diesem Bericht enthaltene Liste mit Empfehlungen ist nicht erschöpfend. Indem die Länder sie befolgen, können sie jedoch ihre Entschlossenheit demonstrieren, die finanziellen Mittel bereitzustellen, die benötigt werden, um extreme Armut zu beenden und eine faire, gerechte und prosperierende Welt zu schaffen.**



Dank eines starken kommunalen Gesundheitsnetzwerks, Aufklärung durch die Massenmedien und Unterstützung durch die Impfallianz Gavi und andere Partner, hat Ruanda eine Impfquote von 97% für die Routineimpfungen gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten erreicht. Im Jahr 2009 hat Ruanda als eines der ersten afrikanischen Länder den Pneumokokken-Impfstoff in sein Routine-Impfprogramm aufgenommen. An durch Pneumokokken verursachten Lungenentzündungen sterben jedes Jahr rund 800.000 Kinder unter fünf Jahren, die meisten von ihnen in Entwicklungsländern.

**Foto:** Riccardo Gangale / GAVI



# DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

## 1. 2013 nahm der Umfang der ODA wieder zu, die meisten Geber liegen mit der Erfüllung ihrer ODA-Zusagen jedoch im Rückstand. Außerdem floss ein zu geringer Anteil der Mittel in die ärmsten Länder.

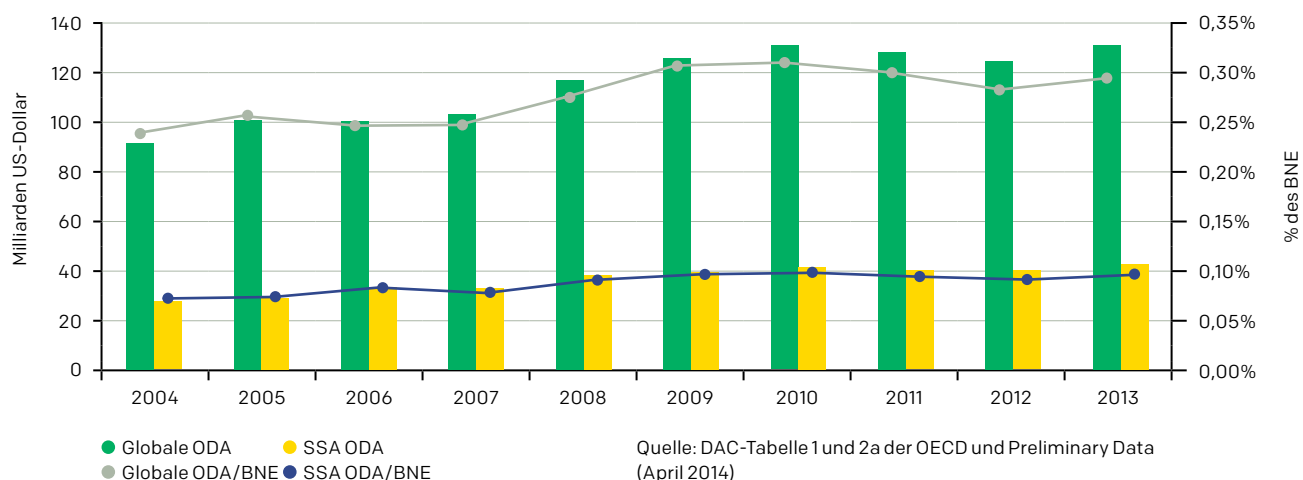
Nach zwei Jahren des Rückgangs stieg die ODA 2013 auf 131,2 Milliarden US-Dollar an. Dennoch entsprach die Gesamtsumme aller Geber gerade einmal 0,29 Prozent ihres BNE – ein niedrigerer Wert als in den Jahren 2009 und 2010 und weit unter dem UN-Ziel von 0,7 Prozent des BNE für die ODA. Zudem fällt der Fortschritt im Gebervergleich unterschiedlich aus. Einige Länder wie Deutschland, Großbritannien, Japan und Norwegen stockten ihre ODA im Jahr 2013 erheblich auf. Großbri-

tannien schaffte erstmalig einen ODA-Anteil am BNE von 0,7 Prozent und schloss damit auf zu Norwegen, Schweden, Luxemburg und Dänemark – die einzigen DAC-Geber, die diese Zusage bereits erfüllt haben. Auf der anderen Seite kürzen früher führende ODA-Länder wie Frankreich, Kanada, Australien und die Niederlande ihre ODA-Budgets. Die EU-Mittel stiegen um 3,3 Prozent auf 73,8 Milliarden US-Dollar; dennoch liegt die EU nach wie vor mit 51,9 Milliarden US-Dollar hinter ihrer Zusage von 0,7 Prozent (und bei Fortschreibung der gegenwärtigen Trends wird ihr Beitrag im Jahr 2015 nur um 8,5 Milliarden US-Dollar steigen).

Nach einem Rückgang und anschließender Stagnation der ODA für die afrikanischen Länder südlich der Sahara in den Jahren 2011 und 2012 stiegen die Mittel im Jahr 2013 wieder um geschätzte 6,9 Prozent auf 42,7 Milliarden US-Dollar. Eine Umfrage des DAC 2014 zu den geplanten Ausgaben ergab jedoch, dass die Mittel für die LDCs – die sich mehrheitlich in der SSA-Region befinden – in den kommenden Jahren wahrscheinlich schrumpfen werden.

Als Gruppe gaben die DAC-Geber 2012 nur 0,09 Prozent ihres kollektiven BNE für ODA an LDCs aus. Das liegt deutlich unter dem UN-Ziel von 0,15–0,20 Prozent. Nur acht Geberländer erreichen diesen Wert (siehe Abbildung 2). LDCs bleiben hochgradig abhängig von Entwicklungszusammenarbeit, die mehr als 70 Prozent ihrer Mittelzuflüsse von außen ausmacht und im Schnitt der Hälfte des Steueraufkommens entspricht.<sup>7</sup> Liberia zeigt exemplarisch, dass Gebergeld weiterhin dringend benötigt wird. Die Wirtschaft des Landes wächst um 10 Prozent pro Jahr, es wird reichlich investiert, und der Anteil der Steuern am BNE lag im Jahr 2012 bei beeindruckenden 29 Prozent. Aber selbst auf diesem Niveau entsprechen die erzielten Steuereinnahmen nur einem Pro-Kopf-Wert von 132 US-Dollar. Hätten alle DAC-Geber 0,20 Prozent ihres BNE für LDCs ausgegeben, wären im Jahr 2012 für die ärmsten und anfälligsten Länder der Welt 50 Milliarden US-Dollar zusätzlich mobilisiert worden.

Abbildung 1: Globale und SSA-ODA (Gesamt netto, ohne Schuldenerlasse), 2004 – 2013



Aber selbst bei den Ländern, die das UN-Ziel von 0,15–0,20 Prozent des BNE umsetzen, fließt nicht zwangsläufig ein großer Anteil der ODA in LDCs.<sup>8</sup> Gegenwärtig gibt es daher Forderungen, dass zukünftig ein fester Anteil von 50 Prozent an der Gesamt-ODA für die LDCs reserviert wird. Im Cotonou-Abkommen vom Juli 2014 fordern dies auch die LDCs selbst. Nur ein Geberland (Irland) reservierte im Jahr 2012 die Hälfte seiner Gesamt-ODA

für LDCs. Bei neun Geberländern ist es weniger als ein Viertel. Wenn im Jahr 2012 alle DAC-Geberländer die Hälfte ihrer ODA für LDCs reserviert hätten, wären 22 Milliarden US-Dollar zusätzlich für diese Länder mobilisiert worden. Ausgehend davon, dass die DAC-Geber 2012 nur 0,28 Prozent ihres BNE für ODA ausgegeben haben, hätte sich das 50-Prozent-Ziel für die LDCs lediglich auf 0,14 Prozent ihres BNE belaufen. Dieser Wert

läge sogar noch unter dem gegenwärtigen Ziel von 0,15–0,20 Prozent des BNE für ODA. Wenn die Geber auf lange Sicht erhebliche Fortschritte in Richtung des ODA/BNE-Ziels von 0,7 Prozent machen, würde das 50-Prozent-Ziel für die LDCs erheblich mehr ODA als beim gegenwärtigen BNE-Ziel bedeuten, weil dann 0,35 Prozent des BNE in LDCs fließen.

**Abbildung 2: ODA an LDCs, als % an der ODA und % am BNE, 2012**



Quelle: OECD-DAC-Tabelle 2a

Hinweis: Die Größe der Blase gibt den absoluten Umfang der ODA für LDCs im Jahr 2012 an. Die ODA-Zahl ist ein Nettowert ohne Schuldenerlasse. Von der ODA, die nicht ländergenau zugeordnet werden kann, beispielsweise weil sie an Regionalorganisationen fließt, hat ONE keinen kalkulatorischen Anteil den LDCs zugeordnet.

## **2. Das gegenwärtige System für das Messen der Entwicklungszusammenarbeit ist überholt. Die in den kommenden Monaten erwarteten Beschlüsse können einen erheblichen Einfluss auf die zukünftige Qualität und Glaubwürdigkeit der Entwicklungszusammenarbeit über das Jahr 2015 hinaus haben.**

ODA setzt sich aus verschiedenen Finanzmitteln zusammen, die für Entwicklungsaktivitäten ausgegeben werden – sowohl in den Empfängerländern als auch in den Geberländern. Zwischen den Jahren 2000 und 2012 verließen 17 Prozent der gesamten ODA-Mittel nie das Geberland. Das sind insgesamt 250 Milliarden US-Dollar, die beispielsweise durch Anrechnung von Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen, kalkulatorische Studienplatzkosten und nicht zugeordnete Verwaltungskosten, aber auch durch die Anrechnung von Schuldenstreichungen zustande kamen. Von einem Teil dieses im Geberland verbleibenden Geldes profitieren zweifelsohne auch die Entwicklungsländer. In welchem Maß genau, weiß man jedoch nicht. Bei der Auflistung dieser Kosten fehlt es an Transparenz und Einheitlichkeit unter den Gebern. Auch die Anrechnung von Schuldenerlassen ist problematisch. Im Jahr 2002 vereinbarten die Geber in Monterrey, erlassene Schulden nicht auf die ODA anzurechnen. In der Praxis lässt sich jedoch der volle Wert des Darlehens (einschließlich Zinsen) zum Zeitpunkt des Schuldenerlasses als ODA verbuchen, wodurch die ODA-Zahlen künstlich aufgebläht werden. Besser wäre es, wenn die Geber die tatsächlich aufgrund der Schuldenstreichung ausbleibenden jährlichen Zahlungen anrechnen dürften. Dies könnte beispielsweise in eine

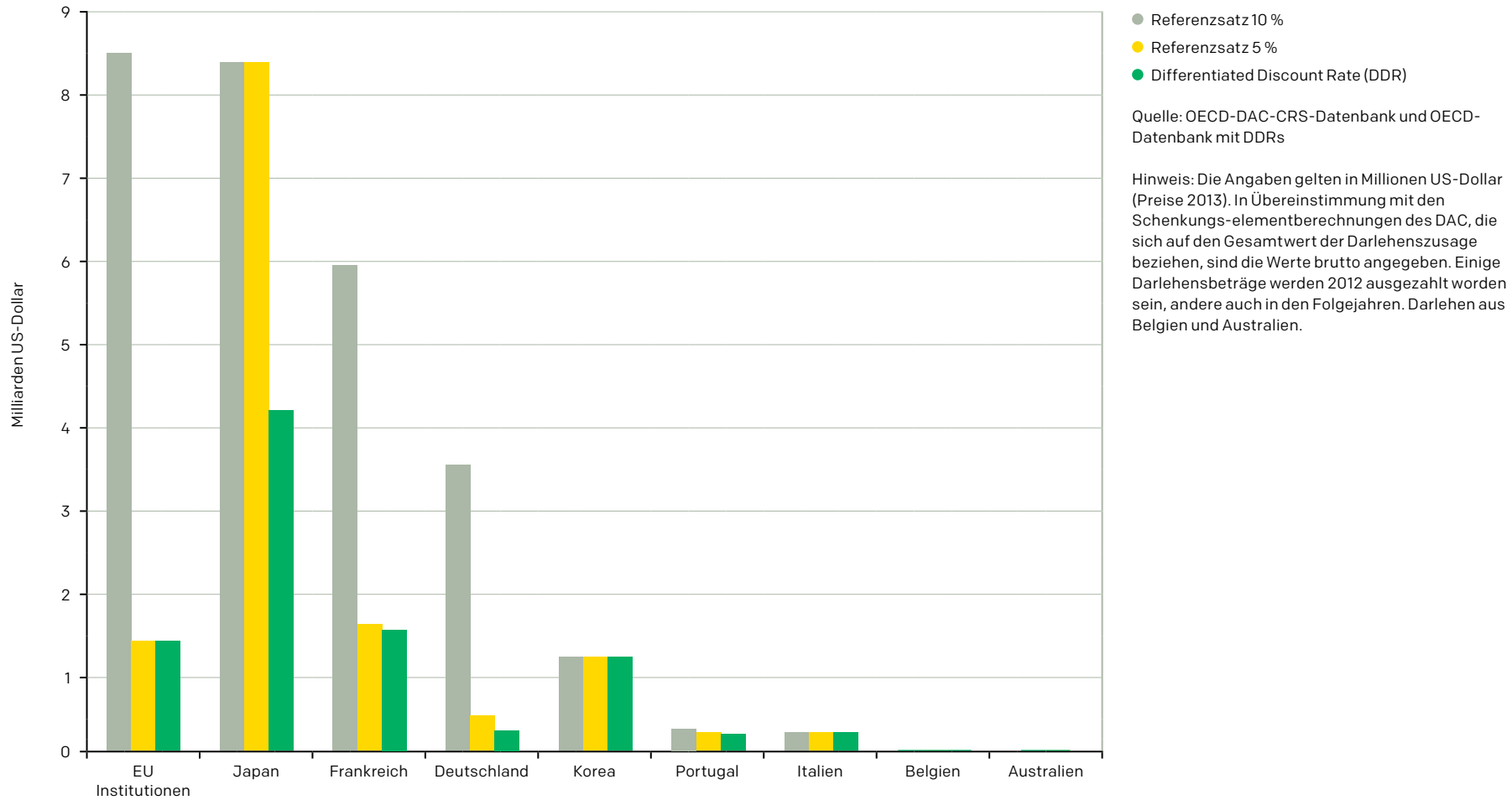
neu in die Diskussion gebrachte Kennziffer einfließen: TOSD (Total Official Support for Development). Wie viel genau nach dieser Methode angerechnet werden müsste, weiß man gegenwärtig jedoch nicht – weil es in den Geberländern an Transparenz im Hinblick auf die Auswirkungen von Schuldenerlassen auf den jährlichen Haushalt mangelt.

ODA setzt sich aus einer Mischung aus Zuschüssen und Darlehen zusammen. Der Umfang der bilateralen ODA-Darlehen aus DAC-Ländern stieg zwischen den Jahren 2006 und 2012 um 34 Prozent: von 10,6 Milliarden US-Dollar auf 14,2 Milliarden US-Dollar. Dieser Trend wird von einigen wenigen Gebern getragen: Frankreich, Deutschland, Japan und die EU-Institutionen. Prognosen sagen eine Zunahme der Darlehen an Länder mit mittlerem Einkommen voraus. Die Kern-ODA an LDCs wird demnach wahrscheinlich weiter schrumpfen. Weil die Staatseinnahmen in LDCs sehr niedrig sind, ist ihr Vermögen, Schulden zu bedienen, nur sehr begrenzt. Andere Zuflüsse schwanken in ihrem Umfang. Deshalb bleiben Zuschüsse das geeignete Instrument für diese Länder. Darüber hinaus ging aus Analysen hervor, dass ein erheblicher Anteil der Darlehen auf Länder ausgeweitet wird, die unter mittlerem bis hohem Überschuldungsrisiko leiden. Der DAC sollte ein Kriterium der Schuldenbelastbarkeit einführen, das den Verschuldungsgrad, die Überschuldungsgefahr, das Einkommensniveau eines Landes und den Zweck der Mittel berücksichtigt. Anhand dieses Kriteriums ließe sich dann festlegen, ob Darlehen als ODA angerechnet werden können.

Gegenwärtig überarbeitet das DAC seine Regeln, die definieren, ob und in welchem Umfang ein Darlehen als ODA verbucht werden kann. Nach den bisher geltenden Regeln zählen Darlehen nur dann als ODA, wenn sie ausreichend „konzessionär“ sind – also zu günstigen Bedingungen vergeben werden. Der sogenannte Diskontsatz<sup>9</sup>, der bestimmt, ob ein Darlehen diese Bedingungen erfüllt, ist veraltet, da er aus der Zeit einer globalen Hochzinsphase stammt. Daher erscheinen Darlehen günstiger, als sie eigentlich sind – und dies wiederum bläht den Gesamtwert der ODA auf. Gegenwärtig können die Geber Darlehen ohne ein echtes Zuschusselement als ODA verbuchen – sogar Darlehen, die eine Rendite erwirtschaften. Realistischere Diskontsätze werden diskutiert.<sup>10</sup> Wenn diese 2012 bereits gegolten hätten, wäre der Gesamtwert der Darlehen, die 2012 als ODA gezählt wurden, um 14,9 bis 19,1 Milliarden US-Dollar geringer ausgefallen.

Der zweite Schwachpunkt des gegenwärtigen Systems der Darlehensanrechnung liegt darin, dass der volle Wert eines Darlehens als ODA angerechnet wird, solange sein „Zuschusselement“ über einem gewissen Grenzwert liegt.<sup>11</sup> Ein Darlehen, dessen Zuschusselement auch nur geringfügig unter diesem Grenzwert liegt, wird hingegen gar nicht als ODA angerechnet. Der Wegfall dieser willkürlichen Schwelle und die ausschließliche Anrechnung des Zuschusselements als ODA würden dieses Problem beseitigen. Zugleich würden alle Entwicklungsdarlehen glaubwürdiger. Unbeschadet dessen muss gelten, dass alle Darlehen ein Schuldentragfähigkeitskriterium (siehe oben) erfüllen müssen, um als ODA gelten zu können.

**Abbildung 3: Wert der ODA-Darlehen mit einem 25%-Schenkungelement und festen Diskontsätzen von 10% und 5% sowie einem jährlich an den Marktzins angepassten, währungsspezifischen Diskontsatz (Differentiated Discount Rate)**



**3. Die finanziellen Ressourcen in Afrika wachsen schnell – einschließlich der eigenen Ausgaben der Regierungen. Die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen variiert aber stark von Land zu Land. Zudem lassen die Daten darauf schließen, dass die meisten afrikanischen Länder ihre eigenen Zusagen nicht einhalten, ausreichend Mittel in wichtige Entwicklungsfelder wie Gesundheit, Landwirtschaft und Bildung zu investieren.**

Die gesamten Staatsausgaben aller afrikanischen Länder südlich der Sahara haben sich seit dem Jahr 2004 auf 376 Milliarden US-Dollar verdreifacht. Hinter dieser Zahl verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Allein auf Südafrika, Nigeria und Angola entfallen 63 Prozent dieser Summe. In den meisten Ländern sind die Staatsausgaben weiterhin bestürzend niedrig. Die Gründe dafür sind im niedrigen Steueraufkommen und im Verlust von potentiellen Staatseinnahmen durch Korruption und illegale Geldflüsse zu suchen. Vier Länder gaben im Jahr 2012 weniger als 200 US-Dollar KKP (Kaufkraftparität) pro Person aus. Das ist weniger, als die UN als Mindestgrenze für die Bereitstellung eines Basispakets an staatlichen Leistungen vorsieht.

Und bei weiteren 22 Ländern liegt der Wert unter 500 US-Dollar KKP. Im Vergleich dazu geben OECD-Länder im Schnitt mehr als 15.000 US-Dollar pro Kopf aus. Selbst diese Zahlen können irreführend sein, weil es in vielen Ländern sehr unwahrscheinlich ist, dass die ärmsten Bürger diesen Betrag tatsächlich erhalten – angesichts der ungleichen Verteilung öffentlicher Mittel (wie zum Beispiel in Äquatorialguinea). Dieses niedrige Niveau bei den öffentlichen Ausgaben zeigt, welche wichtige Rolle die Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag bei der Bereitstellung grundlegender Leistungen weiterhin spielt.

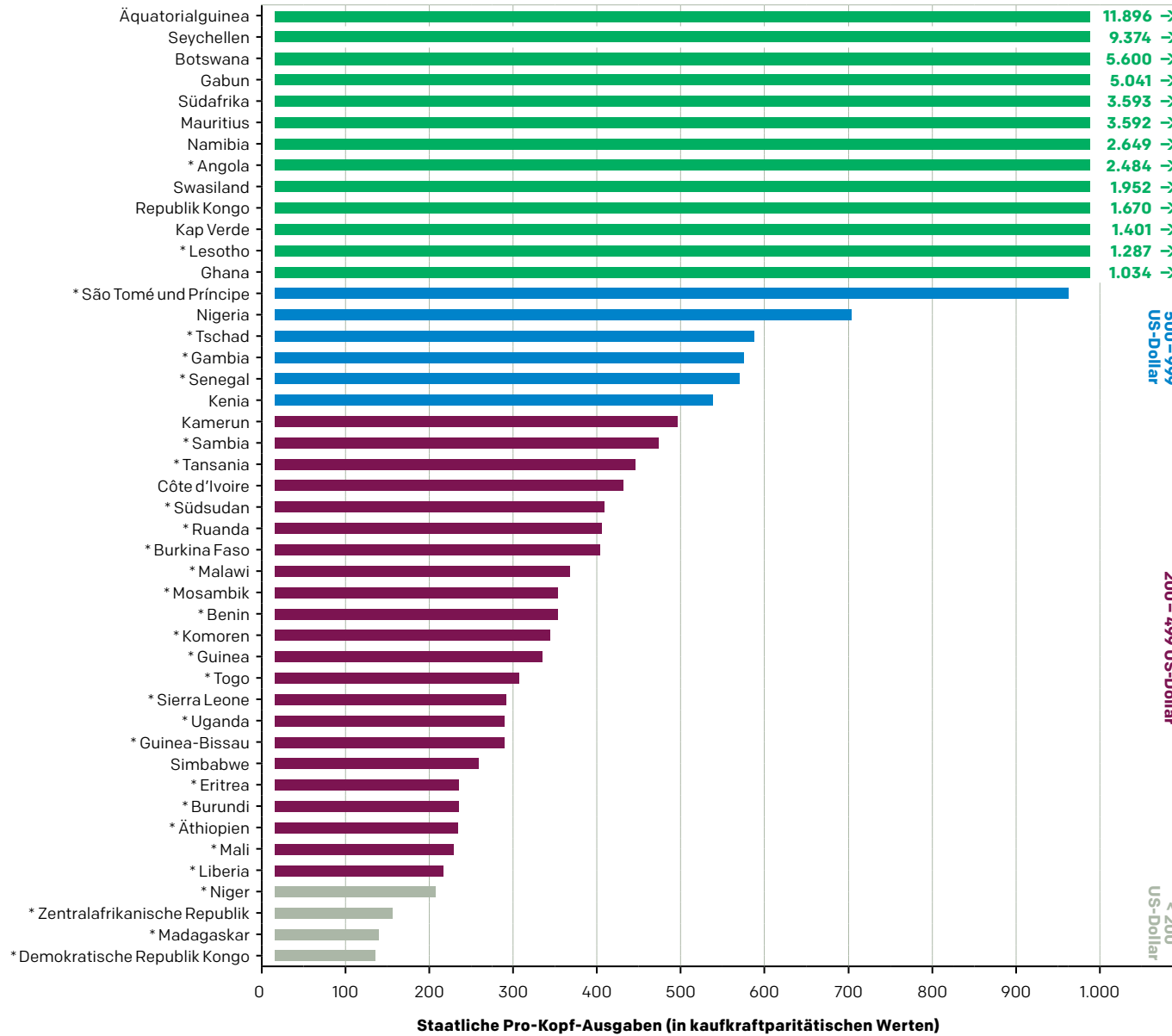
Zudem halten die meisten afrikanischen Länder ihre eigene Zusage nicht ein, einen bestimmten Anteil ihrer Haushalte für besonders entwicklungsrelevante Sektoren zu reservieren. Es sei jedoch angemerkt, dass eine konsequente und vergleichbare Analyse dieser Zusagen an den mangelhaften Haushaltsdaten in den meisten afrikanischen Ländern südlich der Sahara scheitert. Zudem gibt es kein Einvernehmen, welche Ausgaben genau welchen sektoralen Zielen anzurechnen sind.

**Gesundheit:** Im Schnitt kamen in den Jahren 2010 bis 2012 nur sechs von 43 Ländern in Sub-Sahara-Afrika ihrer Abuja-Verpflichtung nach, 15 Prozent ihres nationalen Haushalts in das Gesundheitswesen zu investieren. Hätten alle Länder ihre Zusage eingehalten, wären in diesen drei Jahren 54,8 Milliarden US-Dollar zusätzlich für die Gesundheit mobilisiert worden. 13 Länder erreichten das minimale absolute Pro-Kopf-Ausgabenniveau von 54 US-Dollar (nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation). 26 Länder unterschritten sogar noch diesen Wert.

**Landwirtschaft:** Im Schnitt kamen in den Jahren 2008 bis 2010 nur acht von 41 Ländern in Sub-Sahara-Afrika ihrer Maputo-Verpflichtung nach, 10 Prozent ihres nationalen Haushalts in die Landwirtschaft zu investieren. Hätten alle Länder ihre Zusage eingehalten, wären in diesen drei Jahren 18,5 Milliarden US-Dollar zusätzlich für die Landwirtschaft mobilisiert worden.

**Bildung:** In den Jahren 2010 bis 2013 kam nur eines von 33 Ländern in Sub-Sahara-Afrika seiner Dakar-Verpflichtung nach, 9 Prozent des BNE für die Bildung aufzuwenden. Nur 10 Länder erreichten das UNESCO-Ziel, 20 Prozent ihres nationalen Haushalts in Bildung zu investieren.

**Abbildung 4: Jährliches Wachstum der staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben, 2012**



Quelle: IMF, World Economic Outlook (April 2014)

Hinweis: Die Werte wurden in internationaler Kaufkraftparität (KKP) angegeben, um zwischen den Ländern aussagekräftig vergleichen zu können, was sich mit diesen Ausgabenniveaus erreichen ließe. Die staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben (KKP) wurden unter Rückgriff auf IMF-Daten zum BNE pro Kopf (KKP) und die Ausgaben als Anteil am BNE berechnet. Folgende Länder wurden aufgrund fehlender Daten bei der Analyse ausgeklammert: Somalia und Sudan.

\* Dieses Land gehört zu der Gruppe der Least Developed Countries

**4. Mangelnde Datenverfügbarkeit und -transparenz zählen zu den größten Hürden für die neue Entwicklungsagenda. Wenn die neuen SDGs erfolgreich sein sollen, brauchen wir eine „Datenrevolution“. Damit müssen Verfügbarkeit, Transparenz und Qualität der statistischen Zahlen zur Entwicklungsfinanzierung verbessert werden – einschließlich der Eigenausgaben der Entwicklungsländer und der mit diesen Mitteln erzielten Ergebnisse.**

In den meisten afrikanischen Ländern südlich der Sahara ist die Qualität und Verfügbarkeit der Haushaltsdaten äußerst dürftig. Nur zwei afrikanische Länder (Südafrika und Uganda) erhalten im Open Budget Index 2012 gute Noten. Und selbst wenn Staaten Ausgabendaten veröffentlichen, sind diese häufig veraltet, schwer zugänglich oder schwer nutzbar, unzuverlässig, nicht detailliert genug (oder viel zu detailliert) und unzureichend standardisiert, sodass ein Vergleich zwischen den Ländern unmöglich ist. Wir benötigen dringend ein aussagekräftigeres Bild von den staatlichen Ausgaben und deren Auswirkungen auf das Leben der Menschen.

Die Geber haben die Transparenz ihrer Entwicklungszusammenarbeit verbessert, indem sie Daten online veröffentlichen. Der Fortschritt verteilte sich jedoch ungleich, und fast alle Geber bleiben gegenwärtig hinter ihrer Verpflichtung zurück, bis 2015 den IATI-Standard (International Aid Transparency Initiative) vollständig zu implementieren. Von den Gebern unter den Schwellenländern haben sich einige verpflichtet, mehr Daten zu ihrer Entwicklungszusammenarbeit verfügbar zu machen. Gegenwärtig sind standardisierte, vergleichbare Daten jedoch nur in geringem Umfang verfügbar.

Bürger und ihre Vertreter in Parlamenten und Organisationen der Zivilgesellschaft müssen auf exakte, umfassende und zeitnahe Daten zugreifen können, damit sie die entsprechenden Geldflüsse verfolgen und von ihren Regierungen Rechenschaft fordern können. Die Steuerzahler in den Geberländern haben das Recht, zu wissen, wofür ihr Geld verwendet wird und welche Ergebnisse damit erzielt werden. In Entwicklungsländern müssen die staatlichen Stellen die Ein- und Ausgänge staatlicher Konten überwachen können. Und die Bürger müssen wissen, welche Mittel

in ihre Krankenhäuser und Schulen fließen sollen. Zudem müssen Finanzdaten mit Ergebnisdaten verknüpft werden, damit sich für Politik und Bürger gleichermaßen nachvollziehen lässt, welche Mittel welche Ergebnisse erbracht haben.



Kinder in Garowe, der Hauptstadt von Puntland in Somalia. Hier leben tausende Familien, die durch Konflikte zu Flüchtlingen geworden sind. Dank einer EU-finanzierten Wasserpumpe haben sie Zugang zu sauberem Wasser.  
**Foto:** Malini Morzaria/EU/ECHO



# WO STEHT DEUTSCHLAND?



# DEUTSCHLAND

## GLOBALE ODA 2013 (OHNE SCHULDENERLASSE)

**13,94 Mrd. \$** 10,50 Mrd. €

ÄNDERUNG 2012 – 2013 IN %:

**6,6%**

## AFRIKA-ODA 2013 (OHNE SCHULDENERLASSE)

**3,91 Mrd. \$** 2,95 Mrd. €

ÄNDERUNG 2012 – 2013 IN %:

**-13,9%**

## ODA FÜR SSA 2013 (OHNE SCHULDENERLASSE)

**3 Mrd. \$** 2,26 Mrd. €

der globalen ODA 2013, die über die EU läuft

ÄNDERUNG 2012 – 2013 IN %:

**-17,4%**

## ODA/BNE 2013 (OHNE SCHULDENERLASSE)

**0,37%**

## ZIELE BIS ZUM JAHR 2015

### GLOBALES ZIEL 2015

**27,02 Mrd. \$** 20,35 Mrd. €

### AFRIKA-ZIEL 2015

**12,68 Mrd. \$** 9,55 Mrd. €

### % AFRIKA-ZIELZUWÄCHSE ERREICHT IM JAHR 2013

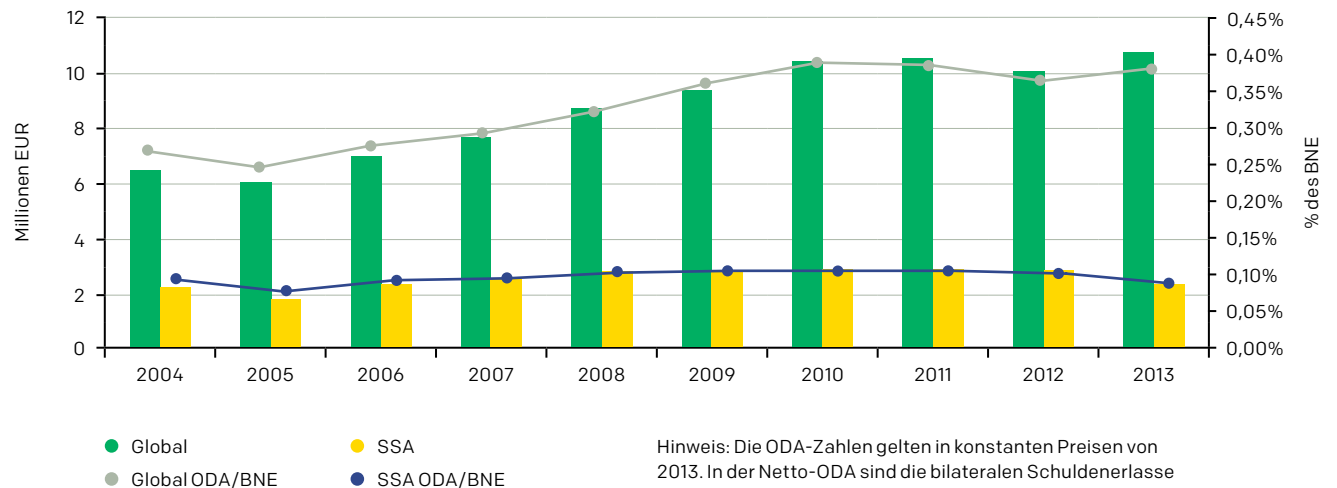
**9,2%**

Nachdem die deutschen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2012 alarmierend gesunken waren, haben sie sich im Jahr 2013 wieder erholt. Deutschland bleibt drittgrößter bilateraler Geber von Entwicklungshilfe weltweit. Im Jahr 2013 betragen die ODA-Gesamtausgaben 13,9 Milliarden US-Dollar (10,5 Milliarden Euro). Das sind 862 Millionen US-Dollar (649 Millionen Euro) beziehungsweise 6,6 Prozent mehr als 2012. Unter allen DAC-Geberländern war das der drittgrößte absolute Zuwachs, prozentual lag Deutschland auf Platz acht. In Relation zu seiner Wirtschaftskraft

befindet sich Deutschland mit einem ODA-Anteil von 0,37 Prozent am BNE jedoch unter dem EU-15-Durchschnitt (0,43 Prozent).<sup>1</sup>

Die deutsche ODA für Afrika ist im Jahr 2013 schätzungsweise um 633 Millionen US-Dollar (477,2 Millionen Euro) beziehungsweise 13,9 Prozent auf 3,9 Milliarden US-Dollar (2,9 Milliarden Euro) gesunken. Die Mittel für die afrikanischen Länder südlich der Sahara schrumpften den Schätzungen zufolge sogar noch stärker: um 17,4 Prozent auf 3 Milliarden US-Dollar (2,3 Milliarden Euro).

**Abbildung 1: Deutsche ODA: Gesamt und Sub-Sahara-Afrika (Netto, ohne Schuldenerlasse), 2004 – 2013**



Quellen: DAC-Tabelle 1 und 2a der OECD und Preliminary Release (April 2014)

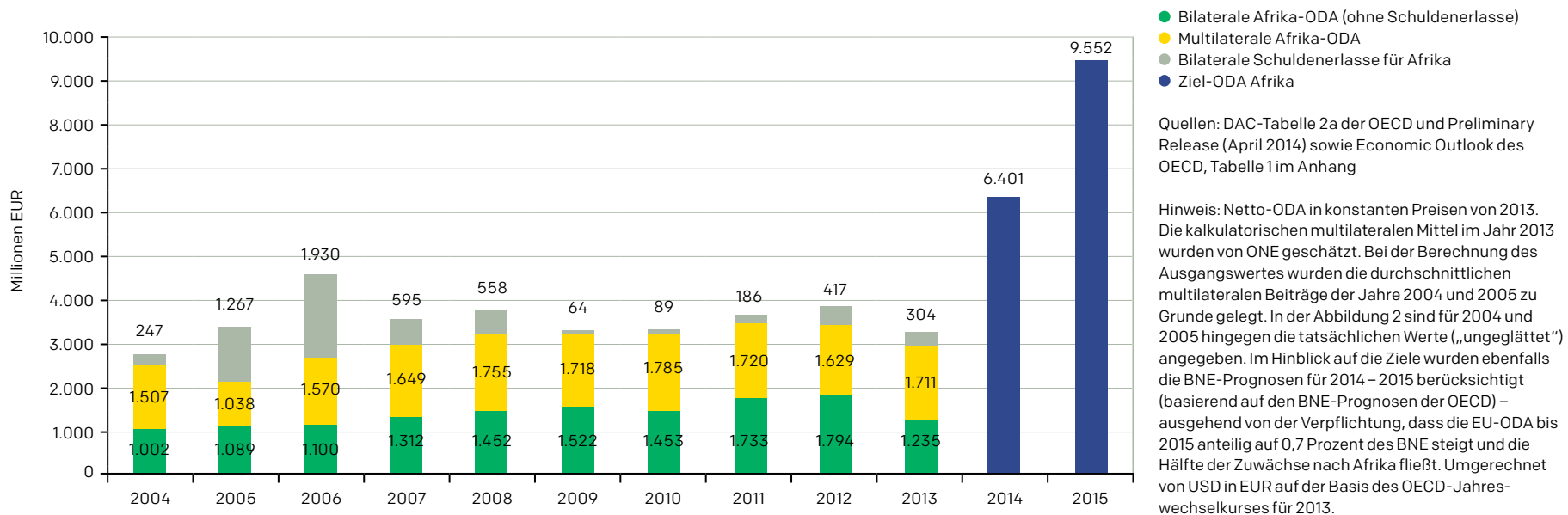
Hinweis: Die ODA-Zahlen gelten in konstanten Preisen von 2013. In der Netto-ODA sind die bilateralen Schuldenerlasse nicht erfasst. Berücksichtigt sind jedoch bilaterale und multilaterale Mittel (kalkulatorische multilaterale SSA-Mittel im Jahr 2013 wurden von ONE geschätzt). Umgerechnet von USD in EUR auf der Basis des OECD-Jahreswechselfurses für 2013.

Wie schon in den Vorjahren können diese Rückgänge für den gesamten Kontinent sowie für die Sub-Sahara-Region in den endgültigen Zahlen, die das Development Assistance Committee (DAC) im Dezember veröffentlichten wird, noch kleiner ausfallen. Einer der Gründe dafür ist, dass in der Vorab-Veröffentlichung nur das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nach Regionen aufgeschlüsselte Zahlen liefert.<sup>2</sup> Dennoch bietet der Umfang des Rückgangs, wie er aus den vorläufigen Zahlen hervorgeht, Anlass zur Sorge. Ausgehend von der Verpflichtung

Deutschlands aus dem Jahr 2005, einen ODA-Anteil am BNE von 0,7 Prozent zu erreichen und die Hälfte dieser zusätzlichen ODA nach Afrika fließen zu lassen, beträgt das Afrika-Ziel für 2015 12,7 Milliarden US-Dollar (9,6 Milliarden Euro). Bis zum Jahr 2013 wurden aber erst 9,2 Prozent des zugesagten Zuwachses realisiert. Die Afrika-Mittel müssten im Verlauf der Jahre 2014 und 2015 um insgesamt 8,8 Milliarden US-Dollar (6,6 Milliarden Euro) wachsen, um dieses Ziel zu erreichen. In Relation zu seinem BNE unterstützte Deutschland die afrikanischen Länder südlich der Sahara stets mit weniger ODA als andere große Geber.

2005 sagte Deutschland zu, seine globale ODA bis 2015 auf 27,0 Milliarden US-Dollar (20,3 Milliarden Euro) zu erhöhen, um einen ODA-Anteil am BNE von 0,7 Prozent zu erlangen. Für das Erreichen dieses Ziels müsste Deutschland seine Mittel erheblich aufstocken: um 13 Milliarden US-Dollar (9,8 Milliarden Euro) bis 2015. Um den gegenwärtigen EU-15-Mittelwert von 0,43 Prozent zu erreichen, wäre die ODA um 2,26 Milliarden US-Dollar (1,7 Milliarden Euro) zu erhöhen.

**Abbildung 2: Afrika-ODA und der Weg zum Afrika-Ziel für 2015**



**Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit:** 2012 befanden sich unter den zehn größten Empfängern bilateraler deutscher ODA vier afrikanische Länder südlich der Sahara: die Demokratische Republik Kongo (DRK), Kenia, Äthiopien und Tansania (DRK und Kenia tauchen hier jedoch nur dank der Schuldenerlasse auf). Die Gesamtzahl der G20-Empfänger sank auf drei (China, Indien und Brasilien).<sup>3</sup> In Anbetracht der Tatsache, dass für 2013 Rückgänge der deutschen ODA für die afrikanischen Länder südlich der Sahara erwartet werden, müssen die ärmsten Länder unbedingt stärker in den Mittelpunkt rücken. Aus Haushaltsunterlagen für das Haushaltsjahr 2014 geht hervor, dass der prozentuale Anteil der bilateralen BMZ-Mittel für Afrika leicht von 47,4 Prozent auf 49,1 Prozent steigen soll. Die Verpflichtungsermächtigungen steigen von 1,2 Milliarden Euro auf 1,3 Milliarden Euro – ein wichtiger erster Schritt.<sup>4</sup>

Nach den Bundestagswahlen im Jahr 2013 wurde Gerd Müller (CSU) zum neuen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ernannt. Zu Beginn seiner Amtszeit stellte er drei Initiativen mit folgenden Schwerpunkten vor: Ernährungssicherung, Flüchtlinge und die Stabilisierung der Lage in Nordafrika und im Nahen Osten.<sup>5</sup> Im Fokus der ersten Initiative stehen besonders die afrikanischen Länder südlich der Sahara.

Dementsprechend kündigte das BMZ an, die jährlichen Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Ernährungssicherung von 700 Millionen Euro auf mindestens eine Milliarde Euro aufzustocken.<sup>6</sup> Damit wäre Deutschland das einzige G8-Land, das seine Zusage vom G8-Gipfel von L'Aquila über den ursprünglichen Zusagezeitraum hinaus verlängert und sogar erheblich ausweitet. Auf einem hochkarätigen Treffen zum Thema „Nutrition for Growth“, das im Juni 2013 direkt vor dem G8 Gipfel in Lough Erne stattfand, sagte Deutschland für den Zeitraum von 2013 bis 2020 insgesamt 200 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für ernährungsspezifische und ernährungswirksame Interventionen zu.<sup>7</sup> Zudem hielt Deutschland an seinem traditionellen Schwerpunkt fest, die Trinkwasser- und sanitäre Versorgung zu verbessern, indem es für diesen Sektor zwischen 2007 und 2012 mehr als jeder andere Geber aufwendete.

**Beiträge für den Globalen Fonds:** Deutschland unterstützt wichtige Partnerinitiativen im Gesundheitssektor. Dazu gehören der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria sowie die Impfallianz Gavi. Während der vierten Finanzierungskonferenz des Globalen Fonds im Dezember 2013 befand sich Deutschland gerade im Prozess der Regierungsbildung. Deshalb war es schwie-

rig, einen Beschluss über die Aufstockung der jährlichen Beiträge zu fassen: Die deutsche Zusage verharrte für den Zeitraum von 2014 – 2016 bei 200 Millionen Euro jährlich. Im Haushalt für das Jahr 2014 erweiterte Deutschland seine Mittel für den Globalen Fonds auf 245 Millionen Euro; im Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 sanken sie jedoch wieder auf 200 Millionen Euro. Mit Mitteln in dieser Höhe wäre Deutschland der einzige große Geber, der seine Beiträge seit dem Jahr 2008 nicht aufstockte (ausgenommen die einmalige Erhöhung um 45 Millionen Euro im Jahr 2014). Gemessen an der Wirtschaftskraft des Landes ist dieser Beitrag unverhältnismäßig klein<sup>8</sup>: Angemessen wäre ein Beitrag von 400 Millionen Euro jährlich.<sup>9</sup>

Der jährliche deutsche Gavi-Beitrag in Höhe von 30 Millionen Euro stagnierte zwischen den Jahren 2012 und 2013. Als Gastgeber der Gavi-Finanzierungskonferenz Ende Januar 2015 kommt Deutschland jedoch eine Sonderrolle zu. Dann bietet sich die Chance, Gavi verstärkt finanziell zu unterstützen sowie die Unterstützung anderer Länder für die Impfallianz zu gewinnen. Die Erwartungshaltung bei den internationalen Partnern und den deutschen NGOs im Entwicklungsbereich ist jedenfalls hoch: Ein gemessen an der Wirtschaftskraft fairer deutscher Beitrag zum Gesamtfinanzierungsbedarf von Gavi beträgt 100 Millionen Euro.

# QUALITÄT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

## **Im Geberland verbleibende ODA und Schuldenerlasse:**

Im Jahr 2012 flossen 2,2 Milliarden US-Dollar beziehungsweise 16 Prozent der gesamten deutschen ODA nicht direkt in Entwicklungsländer, sondern entfielen in erster Linie auf kalkulatorische Studienplatzkosten in Höhe von 936 Millionen US-Dollar, Verwaltungskosten (519 Millionen US-Dollar) und Schuldenerlasse (575 Millionen US-Dollar). Im Zeitraum 2000–2012 lag der durchschnittliche Anteil der nichttransferierten ODA mit 24 Prozent sogar noch höher. Im Jahr 2005 war mit 40 Prozent der Höchstwert erreicht (aufgrund der Schuldenerlasse).

**LDCs:** Im Jahr 2012 verfehlte Deutschland mit 0,09 Prozent das UN-Ziel, 0,15-0,2 Prozent des ODA-Anteils am BNE in die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) fließen zu lassen. Nur 25,8 Prozent der deutschen Gesamtmittel flossen an diese Ländergruppe.

**ODA-Darlehen:** Deutschland vergibt einen erheblichen Anteil seiner ODA in Form von Darlehen. Für diese Darlehen gelten viel ungünstigere Bedingungen als bei den meisten anderen DAC-Gebern (im Hinblick auf Zinsen, tilgungsfreie Zeiten und Fälligkeiten). Im Jahr 2012 lag das durchschnittliche Zuschusselement der deutschen ODA-Darlehen bei unter 50 Prozent.<sup>10</sup> Zudem ist Deutschland einer von mehreren DAC-Gebern, die ODA-Darlehen mit Anleihen auf den Kapitalmärkten finanzierten (eine Praxis, die durch den reformbedürftigen DAC-Referenzsatz<sup>11</sup> von 10 Prozent stimuliert wird; siehe Abschnitt 2). Bei Anwendung realistischerer Referenzsätze ließen sich nur 21 bis 33 der 96 konzessionären Darlehen aus dem Jahr 2012 als ODA verbuchen.

**Transparenz der Entwicklungszusammenarbeit:** Der Aid Transparency Index 2013 von Publish What You Fund wies für die Transparenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gemischte Ergebnisse aus. Das BMZ als Ministerium, das für die Veröffentlichung der Aktivitäten

seiner ausführenden Agenturen zuständig ist, begann im März 2013 mit der Veröffentlichung nach IATI-Standards (International Aid Transparency Initiative). Aufgrund dessen wurden die beiden wichtigsten bilateralen Agenturen, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die KfW Entwicklungsbank, im Index für 2013 in die Kategorie „fair“ eingestuft, was einem „befriedigend“ entspricht. Auch das Auswärtige Amt fand im Jahr 2013 erstmalig Aufnahme in den Index; seine Leistung wurde mit „very poor“ bewertet, also „mangelhaft“.<sup>12</sup> Im März 2014 begann das BMZ damit, in seine IATI-Veröffentlichung Angaben zu den staatlichen Mitteln aufzunehmen, die über deutsche NGOs fließen. Im April 2014 ging ein neues Transparenz-Portal für GIZ-Projekte ans Netz, und das BMZ plant noch 2014 den Start eines eigenen Portals. Deutschland ist nicht Mitglied der Open Government Partnership<sup>13</sup>; der Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Großen Koalition sieht jedoch eine Beitrittsabsicht vor.<sup>14</sup>

## WEITERE MITTEL FÜR ENTWICKLUNG

**Sonstige Zahlungsströme:** Von 2008 bis 2011 wuchsen die ausländischen Direktinvestitionen deutscher Firmen in afrikanischen Ländern südlich der Sahara relativ zum BNE jedes Jahr. Ihr höchster Stand betrug 0,026 Prozent des BNE. Im Jahr 2012 fielen die deutschen Direktinvestitionen in die Region jedoch auf nur noch 0,007 Prozent des BNE. Insgesamt bleiben die deutschen Direktinvestitionen in afrikanische Länder südlich der Sahara für die größte Marktwirtschaft Europas überraschend klein. Der Vergleich mit Großbritannien macht dies deutlich: Britische Firmen investierten in vielen zurückliegenden Jahren mehr als 0,3 Prozent bis 0,4 Prozent des britischen BNE in die Region. Sonstige staatliche Mittel (OOF) schwankten in ihrer Höhe bis zum Jahr 2007 und gingen seitdem leicht zurück. Dies ist ein Zeichen für größere Rückzahlungen von Darlehen des öffentlichen Sektors (die sich nicht als ODA verbuchen lassen).

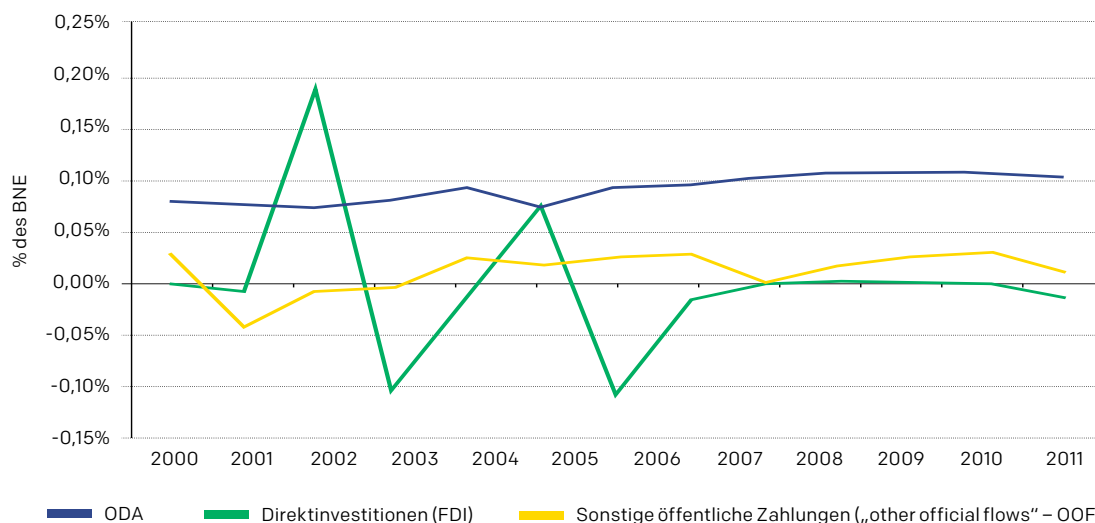
**Innovative Finanzierung:** Die Bundesregierung setzt sich auf EU-Ebene aktiv für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) ein. Grundlage dessen ist eine Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland. Der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) stimmte der Einführung dieser Steuer zum 1. Januar 2016 zu; die Einkünfte könnten für die internationale Armutsbekämpfung genutzt werden. Auch wenn es rechtlich nicht möglich sein sollte, Einkünfte aus einer Steuer an konkrete Ausgaben zu knüpfen, könnte die Regierung aber erklären, dass der fiskalische Spielraum, der durch diese zusätzlichen Einnahmen entsteht, genutzt werden soll, um die deutsche ODA zu erhöhen. Die SPD forderte

bereits, Einkünfte in Entwicklungsprojekte fließen zu lassen,<sup>15</sup> und Minister Müller äußerte sich ähnlich.<sup>16</sup> Jetzt, da der Einföhrungstermin der FTT feststeht, sollte dieser Vorstoß von der gegenwärtigen Regierungskoalition weiterverfolgt werden.

In der Vergangenheit unterstützte Deutschland zudem innovative Instrumente wie Debt2Health (das innovative Finanzierungsinstrument des Globalen Fonds, das Schuldenerlasse im Austausch für eigene Investitionen der Schuldnerländer in Gesundheitsprogramme gewährt).<sup>17</sup> Trotz Haushaltsbestimmungen, die Schuldenumwandlungen zulassen, wurde dieses Instrument im Jahr 2013 nicht genutzt.

**Mittel für den Klimaschutz:** 2010 und 2012 löste Deutschland seine Finanzierungszusagen im Rahmen der „Fast Start“-Initiative ein (indem es insgesamt 1,7 Milliarden US-Dollar/1,3 Milliarden Euro bereitstellte). Wie Deutschland seine internationalen Klimaschutzgelder im Rahmen des UN-Ziels von jährlich 100 Milliarden US-Dollar an (öffentlichen und privaten) Mitteln für den Klimaschutz für arme Länder bis 2020 aufstocken will, ist noch unklar. Im parlamentarischen Haushaltsverfahren für das Haushaltsjahr 2014 wurden erstmalig Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 750 Millionen Euro für den Green Climate Fund eingestellt. Seit dem Jahr 2008 nutzte Deutschland Erlöse aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im Rahmen des European Trading Scheme (ETS). Diese Praxis wurde jetzt allerdings eingestellt. Das untergräbt die Zusätzlichkeit der deutschen Mittel für den internationalen Klimaschutz.

**Abbildung 3: Direktinvestitionen, ODA und sonstige öffentliche Zahlungen an Sub-Sahara-Afrika als Anteil am deutschen BNE (2000 – 2011)**



Quelle: OECD DAC Tabellen 1, 2a und 2b, ergänzt um die OECD Aufschlüsselung der privaten Finanzflüsse pro Partnerland.

Hinweis: Bei den „sonstigen öffentlichen Zahlungen“ („other official flows“ – OOF) handelt es sich um Nettoflüsse. Sie sind daher um Rückflüsse an Deutschland bereinigt. Die ODA umfasst nicht die bilateralen Schuldenerlasse. Kalkulatorische multilaterale Beiträge werden hingegen erfasst.

**Transparenz im Finanzbereich:** Zum Großteil bedingt durch die Rolle von Frankfurt am Main als bedeutendstem kontinentaleuropäischen Finanzplatz erzielte Deutschland im Financial Secrecy Index 2013 des Tax Justice Network einen Wert von 59 Prozent. Damit belegt Deutschland international den achten Platz unter den

Ländern mit der größten Intransparenz im Finanzsektor. Das heißt, dass an dieser Stelle noch viel Arbeit wartet, um illegale Geldflüsse einzudämmen.<sup>18</sup> Die bevorstehende Einführung EU-weiter Gesetze, die vorschreibt, dass Angaben über die wahren Besitzer von Firmen, Trusts und ähnlichen rechtlichen Konstrukten öffentlich zugänglich

gemacht werden müssen, bietet Deutschland eine gute Möglichkeit, sich in diesem Bereich aktiv für Fortschritte zu engagieren.

## AUSBLICK AUF 2015

Das nächste Jahr wird ein historischer Moment im Kampf gegen Armut sein – und als größte europäische Wirtschaftsnation und eines der bedeutendsten Geberländer der Welt spielt Deutschland dabei eine außerordentlich wichtige Rolle. Im Jahr 2015 wird Deutschland die G7/G8-Präsidentschaft innehaben. Und natürlich wird die Welt nach Deutschland blicken. Zum Zeitpunkt des G7/G8-Gipfels wird die internationale Gemeinschaft kurz davor stehen, sich auf die globale Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 zu einigen. Die deutsche Präsidentschaft muss sicherstellen, dass die G7/G8 in der Lage sind, eine ambitionierte neue Agenda entscheidend zu unterstützen.

Im Koalitionsvertrag verpflichtete sich die jetzige Bundesregierung, die jährliche ODA zwischen 2014 und 2017 um insgesamt 2 Milliarden Euro aufzustocken.<sup>19</sup> Damit sind drohende Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie in den vergangenen Jahren im Raum standen, vorerst aus der Welt. Dieser Beschluss würde jedoch eine jährliche Aufstockung um nur 200 Millionen Euro pro Jahr bedeuten.<sup>20</sup> Um mit der Inflation und dem Wachstum des deutschen Volkseinkommens Schritt zu halten, wären jährliche Zuwächse von mehr als 250 Millionen Euro nötig, wenn der gegenwärtige ODA-Anteil am BNE von 0,37 Prozent gehalten werden soll (ganz zu schweigen von einer Erhöhung). Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung enttäuscht insbesondere in zweierlei Hinsicht: Erstens besteht ein Viertel der ODA-Erhöhen, die im Koalitionsvertrag versprochen

wurden, lediglich aus der Rücknahme geplanter Kürzungen der Vorgängerregierung – nicht aus neuen Geldern. Zweitens wächst das Budget des BMZ für 2015 nur um magere 1,8 Millionen Euro. Wird diese Planung in ihrer jetzigen Form realisiert, hat Deutschland während der G7/G8-Präsidentschaft ein ernstes Glaubwürdigkeitsproblem. Dann wird es schwerfallen, eine ambitionierte globale Agenda zur Beendigung der extremen Armut zu formulieren. Forderungen nach weiteren Erhöhungen, wie Bundesminister Müller sie am 10. September 2014 im Bundestag forderte, sind daher unerlässlich.<sup>21</sup>

## EMPFEHLUNGEN

- Die Bundesregierung sollte erheblich mehr ODA-Mittel mobilisieren – sowohl im Kernhaushalt als auch über innovative Finanzierungsinstrumente wie der FTT. Diese zusätzlichen Mittel müssen schwerpunktmäßig nach Afrika fließen. Dies würde erheblich dazu beitragen, dass Deutschland – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – Fortschritte in Richtung des Ziels von 0,7 Prozent für das Jahr 2015 macht und dass das im Rahmen der EU gemachte Afrika-Versprechen nicht mehr so stark unterfinanziert bleibt. Als Sofortmaßnahme muss Deutschland zunächst verhindern, dass sein ODA-Anteil am BNE fällt.
- Deutschland sollte sein Engagement für globale Gesundheitsfragen ausweiten, indem es die jährlichen Zuwendungen für den Globalen Fonds auf 400 Millionen Euro aufstockt und alles daransetzt, dass die Finanzierungskonferenz der Impfallianz Gavi, deren Gastgeber Deutschland 2015 sein wird, zu einem durchschlagenden Erfolg wird. Damit würde Deutschland einen wichtigen Beitrag für die Senkung der Kindersterblichkeitsrate leisten. Dazu sollte Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen, indem es Gavi für den Zeitraum von 2016 bis 2020 jährlich 100 Millionen Euro zusagt.
- In Bezug auf die Landwirtschaft in Afrika hat Deutschland eine echte Vorreiterrolle eingenommen. Es sollte nun andere L'Aquila-Geber motivieren, seinem Beispiel zu folgen und ihre Mittel für diesen Sektor aufzustocken. Hier liegt ein enormes Potential für den Armutsabbau. Die neuen deutschen Mittel für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sollten genutzt werden, um bestehende afrikanische Strategien und Investitionspläne zu unterstützen. Hier geht es insbesondere um das Global Agriculture and Food Security Program (GAFSP), das Deutschland bislang nicht unterstützt. Zudem sollte Deutschland seine Zusage für die Nutrition for Growth-Initiative erfüllen und sich an die Rom-Prinzipien für eine nachhaltige weltweite Ernährungssicherung halten.
- Um die Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, sollte Deutschland der IATI alle diesbezüglichen Daten der einzelnen deutschen Agenturen liefern, die Entwicklungszusammenarbeit leisten. Darüber hinaus sollte es den Abruf und die Nutzung seiner IATI-Daten über ein offenes Datenportal fördern und sich der Open Government Partnership anschließen.<sup>22</sup>
- Als EU-Mitglied sollte Deutschland aktiv die Verschärfung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche unterstützen. Die Richtlinie sollte zukünftig vorschreiben, dass Angaben darüber, wer Unternehmen, Trusts und ähnliche rechtliche Konstrukte besitzt und kontrolliert, öffentlich einsehbar sein müssen. Dadurch könnten illegale Mittelabflüsse eingedämmt werden und so mehr Eigenmittel für den Armutsabbau in Entwicklungsländern zur Verfügung stehen.
- Deutschland sollte sicherstellen, dass die Entwicklungsländer selbst mehr Mittel für Entwicklung bereitstellen können, indem sie durch Vereinbarungen über den automatischen Austausch von Steuerdaten besser gegen Steuerhinterziehung vorgehen können. Darüber hinaus sollte Deutschland diesen Ländern noch stärker dabei helfen, die Kapazität ihrer Steuerbehörden zu erhöhen, indem es beispielsweise den International Tax Compact stärkt und die Tax Inspectors Without Borders-Initiative (TIWB) unterstützt.



**Deutschland ging im Verlauf der letzten zehn Jahre mehrere ergebnisorientierte Verpflichtungen ein. Im Jahr 2005 formulierte die damalige Bundesregierung das Ziel, für 30 Millionen Menschen in der Region südlich der Sahara bis 2015 den Zugang zu Wasser und sanitärer Versorgung zu verbessern.<sup>23</sup> 2012 kündigte die Bundesregierung an, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bis 2030 für mindestens 100 Millionen Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen den Zugang zu nachhaltiger Energie ermöglichen wird; dies soll durch Verdopplung der ODA für den Sektor auf etwa 3,6 Milliarden Euro von 2011 bis 2030 erreicht werden.<sup>24</sup>**

## ERGEBNISSE

Allein mit einem Teil der Mittel, die 2012 neu bewilligt wurden, bewirkte Deutschland Folgendes:<sup>25</sup>

- Im Jahr 2012 zugesagte KfW-Mittel für die Familienplanung und HIV-/Aids-Präventionsprogramme erreichten weltweit 50,3 Millionen Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter. Zudem wurden mit diesen Mitteln Impfkampagnen und der Kampf gegen die Kinderlähmung gefördert (in Zusammenarbeit mit Gavi). Damit erreichte man 38 Millionen Kinder in Tansania, Nigeria und Tadschikistan.
- Im Jahr 2012 ermöglichten Mittel der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) in Höhe von 1,3 Milliarden Euro wirtschaftsfördernde Investitionen mit einem Gesamtwert von mehr als 12 Milliarden Euro. Diese kofinanzierten Investitionen trugen dazu bei, circa 164.000 Jobs zu sichern oder neu zu schaffen. Mehr als die Hälfte entstand im Rahmen landwirtschaftlicher Projekte, die Kleinbauern und Zulieferer in die Wertschöpfungskette einbinden.
- Von der DEG mitfinanzierte Unternehmen werden über die Steuern, die sie zahlen, mit voraussichtlich 827 Millionen Euro jährlich zu den staatlichen Einnahmen der Partnerländer beitragen und für etwa 4,1 Milliarden Euro netto Deviseneinnahmen pro Jahr sorgen.<sup>26</sup>



Das Rwesero Krankenhaus befindet sich in einer nördlichen Provinz von Ruanda.  
**Foto:** Riccardo Gangale/GAVI

# SCHLUSSBEMERKUNG UND AUFRUF ZUM HANDELN

In weniger als einem Jahr werden Regierungsvertreter aus aller Welt bei den Vereinten Nationen zusammenkommen, um die SDGs (Sustainable Development Goals) für die Zeit nach 2015 zu vereinbaren. Diese nachhaltigen Entwicklungsziele werden die Eckpfeiler einer neuen Entwicklungsagenda bilden. Für die Umsetzung dieser Agenda bedarf es politischen Willens und finanzieller Mittel in bisher beispiellosem Umfang. Entscheidend wird die Frage sein, wie sich die verschiedenen Mittel für das Erreichen der Entwicklungsziele in hinreichender Quantität und Qualität am besten mobilisieren lassen. Jetzt obliegt es der internationalen Gemeinschaft – in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor –, eine einheitliche und konsequente Finanzierungsstrategie für die Umsetzung der SDGs zu erarbeiten.

Der Bericht des UN Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Finance ist ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg. Er führt erstens alle wichtigen Finanzierungsquellen auf, zweitens werden politische Maßnahmen erläutert, die den Ländern dabei helfen sollen, ein mit den nationalen Entwicklungsstrategien verknüpftes kohärentes Konzept zu verfolgen, um die nötigen Finanzmittel zu mobilisieren. Drittens umfasst der Bericht auch Maßnahmen, um die internationale Wirtschafts- und Finanzarchitektur zu stärken. Der nächste Schlüsselmoment wird dabei die für Juli 2015 im äthiopischen Addis Abeba geplante Third International Conference on Financing for Development sein. Sie wird die einzigartige Chance bieten, alle Interessenträger zusammenzubringen, um im Vorfeld der UN-Generalversammlung im September 2015 die Diskussionen um die

Finanzierung der Agenda für die Zeit nach 2015 voranzubringen.

ONE ruft die Entscheidungsträger in der Politik auf, ihre Versprechen gegenüber den Ärmsten auf der Welt einzulösen. Schwerpunktmäßig befasst sich der DATA-Bericht damit, wie sich staatliche Entwicklungsgelder – ODA und Eigenmittel – in bestmöglicher Quantität und Qualität mobilisieren lassen. Im Vorfeld des so wichtigen Jahres 2015 formuliert ONE die nachstehenden elf Aufrufe zum Handeln. Sie richten sich an die Regierenden in aller Welt und zielen auf die Verbesserung der staatlichen Finanzierung ab, um die extreme Armut zu beenden.

## POST-2015 PROZESS

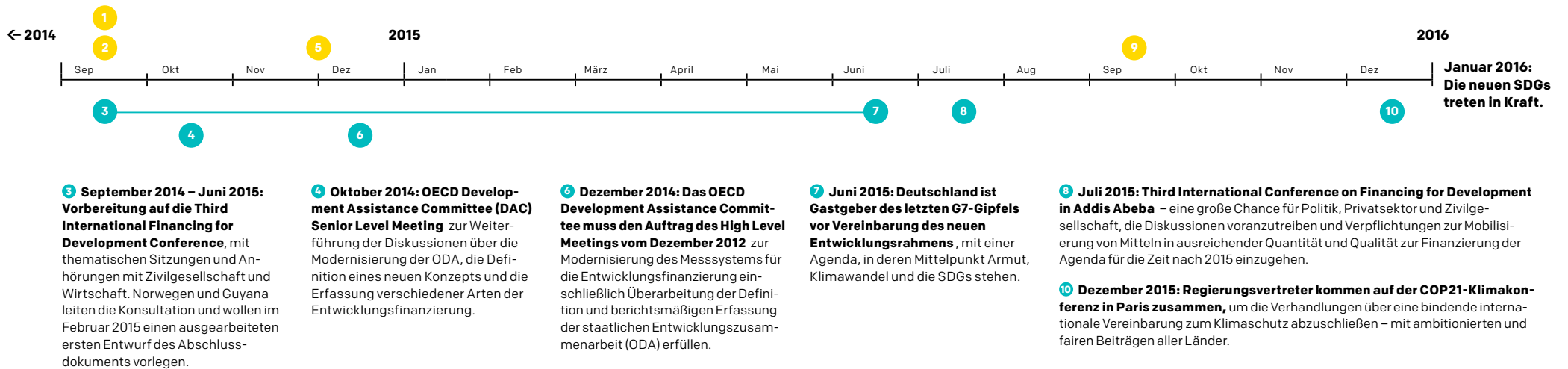
- Offizieller Post-2015-Prozess
- Verwandte Veranstaltungen

**1 September 2014: Die Open Working Group (OWG)** – die mit der Ausarbeitung neuer Ziele (SDGs) beauftragt ist, legt der UN-Generalversammlung ihren Abschlussbericht vor.

**2 September 2014: Das Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing (ICESDF)** – das mit der Erarbeitung von Vorschlägen für eine ganzheitliche und nachhaltige Strategie der Entwicklungsfinanzierung beauftragt ist, legt der UN-Generalversammlung seinen ersten Bericht vor.

**5 Ende November / Anfang Dezember 2014: UN-Generalsekretär Ban Ki-moon legt seinen neuen Synthesebericht vor**, der auf den Inputs von OWG und ICESDF basiert und den Rahmen für die nächste Phase der offiziellen Regierungsverhandlungen setzt.

**9 September 2015: Regierungsvertreter aus aller Welt verabschieden auf einem hochrangigen UN-Gipfel die neuen Entwicklungsziele**, nach einjährigen offiziellen Verhandlungen.



# VERBESSERUNG DER ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG FÜR 2015 UND DIE ZEIT DANACH: ELF AUFRUFE ZUM HANDELN

**Die Landschaft der Entwicklungsfinanzierung für die Zeit nach 2015 wird vielfältiger, und die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit wandelt sich. Die Entwicklungshilfe wird aber auch weiterhin in vielen Ländern, insbesondere in Sub-Sahara-Afrika, wo mehr als die Hälfte der Staaten als LDCs gelten, eine zentrale Rolle spielen. ODA ist die einzige Investitionsform, die ausdrücklich auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt. Zudem ist sie berechenbarer als andere Investitionsformen wie beispielsweise ausländische Direktinvestitionen. Zumindest mittelfristig wird Entwicklungszusammenarbeit ihre zentrale Bedeutung für die Finanzierung elementarer Leistungen für die Bürger in den Ländern behalten, in denen die Pro-Kopf-Ausgaben und die Aussichten auf Mobilisierung anderer umfangreicher Mittel gering sind.**

**1** Im Geiste einer erneuerten globalen Partnerschaft für 2015 sollte sich jedes Geberland ausdrücklich zum Erreichen des langfristigen Ziels verpflichten, einen ODA-Anteil von 0,7 Prozent am BNE zu realisieren, und so schnell wie möglich einen konkreten Zeitplan zur Aufstockung des Entwicklungshaushalts im Sinne dieses Ziels aufstellen. Länder, die die 0,7 Prozent bereits erreicht haben, sollten weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen und andere ermutigen, es ihnen gleichzutun.

**2** Geber sollten ihre Mittel besser auf die ärmsten Länder ausrichten, indem sie sich verpflichten, mindestens die Hälfte ihrer ODA-Gesamtausgaben in LDCs fließen zu lassen – im Einklang damit, was diese Länder selbst fordern. Die gegenwärtige UN-Vorgabe von 0,15 bis 0,20 Prozent ODA-Anteil am BNE kann einigen Ländern, die noch knapp darunter liegen, als Zwischenziel dienen. Um zu verhindern, dass diese Länder Schulden anhäufen, sollten die Geber sich öffentlich verpflichten, mindestens 90 Prozent ihrer Mittel in Form von Zuschüssen in die LDCs fließen zu lassen.

**Sowohl die Geber als auch die Partnerländer haben entscheidenden Einfluss darauf, welche Qualität und Glaubwürdigkeit die Entwicklungszusammenarbeit zukünftig hat – indem sie im Rahmen des gegenwärtigen ODA-Modernisierungsprozesses im OECD DAC sowie auf UN-Ebene auf die dringend notwendige Reformierung des aktuellen statistischen Systems für die Entwicklungszusammenarbeit dringen.**

- 3 Die DAC-Mitgliedstaaten sollten sich auf ein überarbeitetes ODA-Konzept einigen, das (i) Schuldenerlasse ausklammert, (ii) den Großteil der im Geberland verbleibenden ODA ausklammert und (iii) nur das Zuschusselement konzessionärer Kredite (berechnet zu einem realistischen Referenzsatz) anrechnet.
- 4 Die Konzessionalitätsregeln sollten so überarbeitet werden, dass sie die heutigen Marktrealitäten widerspiegeln und mit der gängigen Praxis einiger Geber brechen, Darlehen ohne Zuschusselement als ODA zu verbuchen. Dazu sollten entweder der 5-Prozent-Referenzsatz von IWF und Weltbank oder die Differentiated Discount Rates (DDR) übernommen werden.
- 5 Als Orientierungshilfe bei der Wahl von Zuschuss oder Darlehen sollte eine angemessene und unabhängige Schuldenbelastbarkeitsanalyse erfolgen, die (neben anderen Faktoren) den Verschuldungsgrad und die Überschuldungsgefahr des Empfängerlandes berücksichtigt. Dazu sollte der DAC ein Schuldenbelastbarkeitskriterium etablieren, das Darlehen erfüllen sollten, um als ODA angerechnet werden zu können. Um zu verhindern, dass sich LDCs hoch verschulden, sollten sich die Geber öffentlich verpflichten, in Anlehnung an die Empfehlung des OECD DAC mindestens 90 Prozent ihrer Mittel in Form von Zuschüssen in die LDCs fließen zu lassen. Darüber hinaus sollte ein faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren eingeführt werden, das im Falle einer Überschuldung einen Weg aus der Schuldenkrise eröffnet.

**In vielen Ländern übersteigen die Eigenmittel der Empfängerländer bereits jetzt die Zuflüsse von außen. Die Aussichten stehen gut, dass die Eigenmittel weiter stark steigen. Dieses Potential müssen die afrikanischen Länder und ihre Partner jetzt jedoch nutzen, indem sie die größten Probleme bei der Maximierung der staatlichen Einnahmen (besonders in den stark von Naturressourcen abhängigen Ländern) lösen und ihre Ausgabenverteilung so gestalten, dass ein langfristiger Armutsabbau einsetzt.**

- 6 Die afrikanischen Länder sollten ihr Steueraufkommen erhöhen, indem sie eine progressive Steuerpolitik betreiben und die staatliche Finanz- und Steuerverwaltung ausbauen. Sie sollten die Korruption bekämpfen, den illegalen Abfluss von Mitteln aus ihren Ländern eindämmen, der die Bürger wichtiger staatlicher Mittel beraubt, und die natürlichen Ressourcen stärker für Entwicklung nutzen. Das schließt unter anderem die Umsetzung des EITI-Standards (Extractive Industries Transparency Initiative) ein, um die vollständige Offenlegung der Zahlungen von erdöl-, erdgas- und rohstofffördernden Unternehmen an afrikanische Länder sicherzustellen.
- 7 Die Geber sollten ihren Teil dazu beitragen, indem sie den Anteil der ODA erhöhen, der für die Stärkung der staatlichen Finanzverwaltung (gegenwärtig liegt er bei circa einem Prozent der Gesamt-ODA) und insbesondere für die Mobilisierung von Eigenmitteln (geschätzte 0,07 Prozent der Gesamt-ODA) aufgewendet wird. Zudem sollten sie mit gutem Beispiel vorangehen, was die Verbesserung der Transparenz und Vorhersagbarkeit ihrer Entwicklungsausgaben angeht, und sicherstellen, dass diese so weit wie möglich in den Haushalten der Partnerländer erfasst werden.
- 8 Zudem haben die Geberländer viele Möglichkeiten, ihre Rolle bei der Duldung von Steueroasen zu hinterfragen. Steueroasen ziehen illegale Gelder an und leisten Steuerhinterziehung und Korruption Vorschub. Dafür wären folgende erste Schritte nötig: die schnelle Verabschiedung von Gesetzen, die es erdöl-, erdgas- und rohstofffördernden Unternehmen vorschreiben, ihre Zahlungen an die Regierungen der Abbauländer projektgenau offenzulegen, internationale Vereinbarungen über den automatischen Austausch von Steuerdaten und die Einrichtung öffentlicher Register, in denen die Besitzstrukturen von Firmen, Trusts und ähnlichen rechtlichen Konstrukten erfasst sind.
- 9 Die afrikanischen Staaten sollten ihre eigenen Zusagen einhalten, Ausgaben für Sektoren zu priorisieren, die den größten Beitrag zum Armutsabbau leisten: Gesundheit, Landwirtschaft und Bildung. Das Jahr 2015 sollten sie als Chance nutzen, auf die Forderungen ihrer Bürger, insbesondere die extrem armen Menschen, zu hören sowie neue und konkrete Verpflichtungen einzugehen, um diesen Forderungen durch angemessene Haushaltsmittel Folge zu leisten. Dazu gehört auch, dass die Haushaltsprozesse in den afrikanischen Ländern transparenter werden.

**Die Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 muss von einem Geist der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen getragen werden. Diese Bürgerbeteiligung ist nur möglich, wenn es Transparenz gibt. Die Welt braucht nichts Geringeres als eine Datenrevolution, die dafür sorgt, dass man genau weiß, welche finanziellen Mittel in jedem Land für die Entwicklung zur Verfügung stehen. Bürger in reichen und armen Ländern gleichermaßen sowie ihre Vertreter in Parlamenten und Organisationen der Zivilgesellschaft müssen auf exakte, umfassende und zeitnahe Daten über Aufwendungen und Ergebnisse zugreifen können, damit sie die entsprechenden Geldflüsse verfolgen und von ihren Regierungen Rechenschaft fordern können.**

**10** Die Geber sollten ihrer Verpflichtung nachkommen und spätestens ab 2015 alle benötigten Daten an die International Aid Transparency Initiative (IATI) weitergeben. Die Schwellenländer, die gleichzeitig Geber sind, sollten zudem die Transparenz ihrer Entwicklungszusammenarbeit verbessern, indem sie detaillierte, umfassende und zeitnahe Daten zu ihrer Entwicklungszusammenarbeit veröffentlichen. Im Einklang mit ihrer Verantwortung als wichtige Geber sollten sie ebenfalls in Betracht ziehen, mit der IATI zu kooperieren.

**11** Die afrikanischen Länder sollten systematisch und präzise (soweit möglich) standardisierte und vergleichbare Einnahmen- und Ausgabendaten veröffentlichen – in öffentlich zugänglichen und maschinenlesbaren Formaten. Das schließt – als Minimalvorgabe – Daten zur bewilligten Haushaltsplanung und zum Haushaltsvollzug (beispielsweise Jahresabschlussberichte) ein. Durch die BOOST-Initiative der Weltbank können detaillierte Haushaltsdaten in einem Open Budgets Portal veröffentlicht werden, das als zentrale Anlaufstelle für das Abrufen dieser Informationen durch die Öffentlichkeit dient. Zudem sollten Finanzdaten mit Ergebnisdaten verknüpft werden, damit sich nachvollziehen lässt, welche konkreten Ergebnisse mit bestimmten Mitteln erzielt wurden.



**Das kommende Jahr bietet eine historische Chance. Die im Jahr 2015 gefassten Beschlüsse werden Gradmesser dafür sein, ob wir in der Lage sind, uns den wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Herausforderungen unserer Generation zu stellen. Mit der Umsetzung dieser elf Empfehlungen können die Länder ihre Entschlossenheit demonstrieren, die finanziellen Mittel bereitzustellen, die Voraussetzung sind, um extreme Armut zu beenden und eine faire, gerechtere und prosperierende Welt zu schaffen.**



Grundschüler beim Unterricht  
im südäthiopischen Harar.  
**Foto:** Eskinder Debebe/United Nations

# ÜBERSICHTSTABELLEN

**GLOBALE ODA (OHNE BILATERALEN SCHULDENERLASS) (MILLIONEN US-DOLLAR, PREISE 2013)**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Australien</b>	2.544,6	2.697,3	2.889,0	3.219,2	3.477,8	3.751,3	4.185,7	4.659,7	5.073,2	4.846,1
<b>Belgien</b>	1.605,6	1.860,6	1.905,2	1.908,6	2.294,8	2.575,6	2.597,0	2.642,0	2.143,5	2.268,7
<b>Dänemark</b>	2.646,5	2.654,9	2.631,0	2.706,7	2.736,8	2.882,9	2.958,8	2.906,2	2.820,1	2.927,9
<b>Deutschland</b>	8.341,8	7.766,9	9.029,6	9.918,0	11.269,3	12.120,6	13.514,8	13.671,5	13.075,2	13.937,3
<b>Finnland</b>	823,2	939,9	1.024,8	1.073,0	1.173,1	1.327,5	1.437,0	1.404,8	1.386,2	1.435,4
<b>Frankreich</b>	8.342,7	8.114,9	8.383,0	8.850,2	9.703,1	11.246,5	11.964,3	11.555,0	11.061,6	10.694,6
<b>Griechenland</b>	392,5	461,1	491,9	515,7	656,2	573,8	498,7	393,3	330,6	305,0
<b>Großbritannien</b>	7.497,6	7.569,4	8.989,3	8.822,2	10.590,1	12.316,5	13.854,5	13.816,7	13.877,2	17.825,9
<b>Irland</b>	653,1	755,0	1.028,5	1.081,7	1.176,9	960,1	912,3	881,0	837,7	822,0
<b>Island</b>	20,5	22,9	35,7	36,0	45,8	40,8	31,6	25,7	27,7	35,2
<b>Italien</b>	2.919,1	4.170,7	2.424,6	3.626,0	3.918,8	3.127,3	2.901,8	3.624,9	2.866,4	3.248,8
<b>Japan</b>	8.651,8	8.898,2	8.763,0	6.868,8	7.886,5	9.356,2	9.466,4	8.645,2	8.627,7	9.604,5
<b>Kanada</b>	3.865,8	4.560,9	4.309,4	4.695,1	5.176,8	4.768,6	5.473,5	5.384,4	5.348,0	4.911,1
<b>Korea</b>	520,2	816,9	462,6	676,7	893,6	1.021,5	1.283,6	1.370,0	1.664,1	1.743,6
<b>Luxemburg</b>	351,3	364,8	383,6	437,8	457,2	469,4	447,3	415,6	425,5	430,7
<b>Neuseeland</b>	325,4	386,2	385,6	403,7	448,9	440,1	405,6	447,6	466,1	461,3
<b>Niederlande</b>	4.852,5	5.664,1	5.938,4	6.065,7	6.640,7	6.384,9	6.111,3	6.114,1	5.667,3	5.373,8
<b>Norwegen</b>	3.811,3	4.269,7	4.091,3	4.558,0	4.319,5	5.151,6	4.998,9	4.718,2	4.772,2	5.556,7
<b>Österreich</b>	734,5	824,2	887,6	951,2	983,0	1.110,7	1.116,9	1.057,7	1.052,3	1.126,7
<b>Polen</b>	169,8	255,6	353,7	367,0	322,6	398,9	383,8	404,2	436,8	474,3
<b>Portugal</b>	396,1	441,0	450,0	476,4	586,8	525,2	659,0	682,9	608,1	484,1
<b>Schweden</b>	3.512,1	4.347,1	4.661,5	4.843,8	5.148,2	5.514,1	5.162,2	5.485,9	5.487,1	5.831,2
<b>Schweiz</b>	2.233,6	2.248,8	2.214,3	2.164,8	2.302,8	2.532,1	2.566,1	2.849,4	3.076,0	3.197,9
<b>Slowakei</b>	45,5	86,2	77,6	77,9	90,9	75,3	77,1	84,3	83,4	85,4
<b>Slowenien</b>	0,0	42,7	52,6	56,9	64,8	68,4	59,8	60,3	60,6	60,2
<b>Spanien</b>	2.750,1	2.842,0	3.723,4	4.908,0	6.062,7	6.238,6	5.667,7	3.985,9	2.041,9	1.955,5
<b>Tschechische Republik</b>	139,1	167,5	182,9	182,3	226,4	206,7	226,9	233,6	222,8	212,3
<b>USA</b>	23.350,6	27.611,8	24.553,7	23.741,1	28.157,2	30.537,7	31.932,8	30.818,7	31.088,7	31.357,7

<b>EU-Institutionen</b>	10.652,6	11.278,9	11.968,7	12.179,1	12.740,0	13.424,2	13.274,7	17.064,0	18.320,1	15.924,1
-------------------------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------

<b>DAC</b>	91.496,8	100.841,5	100.323,7	103.232,5	116.811,1	125.722,7	130.895,3	128.338,7	124.628,0	131.213,9
<b>EU19</b>	46.173,0	49.328,7	52.619,2	56.869,0	64.102,2	68.122,9	70.551,1	69.419,9	64.484,4	69.499,7
<b>G7</b>	62.969,4	68.692,9	66.452,6	66.521,4	76.701,7	83.473,2	89.108,1	87.516,4	85.944,8	91.579,9

<b>Änderung 2004-13</b>	<b>Prozentuale Veränderung 2004-13</b>	<b>% ODA des BNE 2013</b>
2.301,6	90%	0,34%
663,1	41%	0,45%
281,4	11%	0,85%
5.595,6	67%	0,37%
612,1	74%	0,55%
2.351,9	28%	0,38%
-87,5	-22%	0,13%
10.328,3	138%	0,72%
168,9	26%	0,45%
14,7	72%	0,26%
329,6	11%	0,16%
952,6	11%	0,19%
1.045,3	27%	0,27%
1.223,4	235%	0,13%
79,4	23%	1,00%
135,9	42%	0,26%
521,3	11%	0,66%
1.745,5	46%	1,07%
392,3	53%	0,27%
304,5	179%	0,10%
88,0	22%	0,23%
2.319,1	66%	1,02%
964,3	43%	0,47%
39,9	88%	0,09%
60,2	-	0,13%
-794,7	-29%	0,14%
73,2	53%	0,11%
8.007,1	34%	0,19%

5.271,5	49%	n/a
---------	-----	-----

39.717,1	43%	0,29%
23.326,7	51%	0,41%
28.610,5	45%	0,26%

**GLOBALE ODA (OHNE SCHULDENERLASS) ALS % DES BNE**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Australien</b>	0,24%	0,24%	0,26%	0,29%	0,29%	0,29%	0,32%	0,34%	0,36%	0,34%
<b>Belgien</b>	0,35%	0,40%	0,40%	0,39%	0,46%	0,53%	0,52%	0,51%	0,42%	0,45%
<b>Dänemark</b>	0,84%	0,80%	0,76%	0,77%	0,79%	0,87%	0,89%	0,85%	0,83%	0,85%
<b>Deutschland</b>	0,26%	0,24%	0,27%	0,28%	0,31%	0,35%	0,38%	0,38%	0,36%	0,37%
<b>Finnland</b>	0,35%	0,38%	0,40%	0,39%	0,44%	0,54%	0,55%	0,53%	0,53%	0,55%
<b>Frankreich</b>	0,33%	0,31%	0,31%	0,32%	0,35%	0,42%	0,44%	0,42%	0,40%	0,38%
<b>Griechenland</b>	0,16%	0,17%	0,17%	0,16%	0,21%	0,19%	0,17%	0,15%	0,13%	0,13%
<b>Großbritannien</b>	0,33%	0,32%	0,37%	0,35%	0,41%	0,51%	0,57%	0,56%	0,56%	0,72%
<b>Irland</b>	0,39%	0,42%	0,54%	0,55%	0,59%	0,54%	0,52%	0,51%	0,47%	0,45%
<b>Island</b>	0,18%	0,18%	0,27%	0,27%	0,47%	0,35%	0,29%	0,21%	0,22%	0,26%
<b>Italien</b>	0,14%	0,19%	0,11%	0,16%	0,18%	0,15%	0,14%	0,17%	0,14%	0,16%
<b>Japan</b>	0,18%	0,19%	0,18%	0,14%	0,16%	0,20%	0,19%	0,18%	0,17%	0,19%
<b>Kanada</b>	0,26%	0,30%	0,27%	0,29%	0,32%	0,30%	0,33%	0,32%	0,30%	0,27%
<b>Korea</b>	0,06%	0,09%	0,05%	0,07%	0,08%	0,10%	0,12%	0,12%	0,14%	0,13%
<b>Luxemburg</b>	0,79%	0,79%	0,89%	0,92%	0,97%	1,04%	1,05%	0,97%	1,00%	1,00%
<b>Neuseeland</b>	0,23%	0,27%	0,27%	0,27%	0,30%	0,28%	0,26%	0,28%	0,28%	0,26%
<b>Niederlande</b>	0,70%	0,76%	0,76%	0,76%	0,79%	0,81%	0,75%	0,74%	0,69%	0,66%
<b>Norwegen</b>	0,87%	0,94%	0,88%	0,94%	0,88%	1,05%	1,05%	0,96%	0,93%	1,07%
<b>Österreich</b>	0,20%	0,22%	0,23%	0,24%	0,24%	0,29%	0,28%	0,26%	0,25%	0,27%
<b>Polen</b>	0,05%	0,07%	0,09%	0,10%	0,08%	0,09%	0,08%	0,08%	0,09%	0,10%
<b>Portugal</b>	0,20%	0,21%	0,21%	0,22%	0,27%	0,25%	0,29%	0,31%	0,28%	0,23%
<b>Schweden</b>	0,77%	0,93%	0,95%	0,92%	0,98%	1,12%	0,97%	0,98%	0,97%	1,02%
<b>Schweiz</b>	0,38%	0,37%	0,35%	0,36%	0,40%	0,41%	0,39%	0,45%	0,47%	0,47%
<b>Slowakei</b>	0,07%	/	0,10%	0,09%	0,10%	0,09%	0,09%	0,09%	0,09%	0,09%
<b>Slowenien</b>	/	0,11%	0,12%	0,12%	0,13%	0,15%	0,13%	0,13%	0,13%	0,13%
<b>Spanien</b>	0,22%	0,22%	0,27%	0,35%	0,42%	0,45%	0,40%	0,28%	0,15%	0,14%
<b>Tschechische Republik</b>	0,10%	0,11%	0,11%	0,10%	0,12%	0,12%	0,13%	0,12%	0,12%	0,11%
<b>USA</b>	0,17%	0,19%	0,16%	0,16%	0,18%	0,20%	0,21%	0,20%	0,19%	0,19%

<b>DAC</b>	0,24%	0,26%	0,25%	0,25%	0,27%	0,31%	0,31%	0,30%	0,28%	0,29%
<b>EU19</b>	0,30%	0,32%	0,32%	0,34%	0,38%	0,42%	0,43%	0,41%	0,38%	0,41%
<b>G7</b>	0,21%	0,22%	0,21%	0,20%	0,23%	0,26%	0,27%	0,26%	0,25%	0,26%

**AFRIKA ODA (OHNE BILATERALEN SCHULDENERLASS) (MILLIONEN US-DOLLAR, PREISE 2013)**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Australien</b>	203,4	222,6	344,5	272,5	241,9	319,0	475,8	563,0	697,0	645,1
<b>Belgien</b>	763,9	867,1	946,2	892,4	1.117,1	1.161,3	1.162,8	1.147,0	933,1	1.275,2
<b>Dänemark</b>	1.103,3	1.142,6	1.238,8	1.309,6	1.261,0	1.286,2	1.248,9	1.297,0	1.223,6	1.076,4
<b>Deutschland</b>	3.331,3	2.824,8	3.544,9	3.931,5	4.257,5	4.302,0	4.300,0	4.583,6	4.544,8	3.911,3
<b>Finnland</b>	323,8	363,1	441,9	452,6	481,3	558,4	581,8	562,4	598,8	570,8
<b>Frankreich</b>	4.320,3	4.115,9	4.986,1	4.963,2	4.736,6	5.585,4	5.492,5	5.366,2	4.822,7	5.139,5
<b>Griechenland</b>	107,6	109,8	150,5	143,9	183,3	163,1	153,0	106,2	97,3	92,1
<b>Großbritannien</b>	3.027,2	2.935,1	4.212,8	3.988,5	4.442,0	4.939,4	5.788,6	5.705,0	5.633,8	7.084,0
<b>Irland</b>	400,1	424,0	584,4	596,7	692,6	559,5	534,8	496,2	487,1	457,0
<b>Island</b>	7,1	8,2	15,1	12,4	19,4	18,0	15,3	12,4	12,8	16,1
<b>Italien</b>	1.182,4	2.000,8	1.050,1	1.658,6	1.670,3	1.281,4	1.262,6	1.283,9	1.048,0	1.253,3
<b>Japan</b>	1.783,1	1.603,1	3.196,3	1.742,2	2.742,1	2.419,9	2.965,4	2.514,6	2.733,0	3.457,4
<b>Kanada</b>	1.226,5	1.780,6	1.822,4	1.824,3	2.228,8	2.021,2	2.265,2	2.116,4	2.467,6	2.269,1
<b>Korea</b>	81,3	134,7	75,4	143,9	188,4	215,5	270,2	310,9	440,4	493,6
<b>Luxemburg</b>	157,7	162,6	183,6	205,3	210,1	212,9	204,8	177,7	171,6	154,3
<b>Neuseeland</b>	38,9	41,1	37,9	37,7	44,3	43,7	36,1	42,9	27,8	61,0
<b>Niederlande</b>	2.219,7	2.200,8	1.850,4	2.086,0	2.197,3	1.811,2	1.563,8	1.743,0	1.502,6	1.637,5
<b>Norwegen</b>	1.636,2	1.624,4	1.634,0	1.609,2	1.604,1	1.661,0	1.599,5	1.592,5	1.507,9	1.643,1
<b>Österreich</b>	256,5	272,7	337,9	323,7	326,3	419,4	407,8	353,9	375,5	368,2
<b>Polen</b>	73,0	90,8	204,0	99,5	121,3	140,9	125,5	116,7	131,8	191,2
<b>Portugal</b>	208,1	225,4	244,6	237,4	343,1	268,2	409,6	472,3	432,9	319,4
<b>Schweden</b>	1.215,9	1.660,7	1.709,8	1.819,1	1.931,7	1.943,0	1.749,1	2.107,9	2.071,7	2.001,5
<b>Schweiz</b>	596,7	610,7	703,8	610,5	593,8	659,8	682,2	743,1	809,6	838,7
<b>Slowakei</b>	13,6	45,2	41,1	43,0	47,5	23,9	26,1	25,0	29,5	32,5
<b>Slowenien</b>	0,0	0,0	0,0	0,0	16,4	18,8	16,5	16,0	18,1	18,5
<b>Spanien</b>	953,9	926,6	1.273,5	1.551,4	1.936,3	2.285,4	1.834,1	1.368,8	669,0	747,0
<b>Tschechische Republik</b>	32,5	48,8	55,0	54,0	60,4	54,8	65,3	67,3	73,9	74,9
<b>USA</b>	6.736,4	6.208,0	6.293,5	7.010,6	9.000,5	9.740,4	10.047,8	10.417,0	11.736,7	11.639,0

<b>EU institutionen</b>	4.759,5	5.099,5	5.195,5	5.527,7	5.680,4	5.704,9	5.794,7	5.997,9	7.571,7	6.061,2
-------------------------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

<b>DAC</b>	32.000,4	32.650,4	37.178,3	37.619,9	42.695,3	44.113,9	45.285,1	45.309,0	45.298,8	47.467,9
<b>EU19</b>	19.690,8	20.417,1	23.055,4	24.356,6	26.031,9	27.015,4	26.927,7	26.996,1	24.866,0	26.404,7
<b>G7</b>	21.607,2	21.468,3	25.106,1	25.118,9	29.077,8	30.289,8	32.122,1	31.986,9	32.986,6	34.753,6

<b>Änderung 2004-13</b>	<b>Prozentuale Veränderung 2004-13</b>	<b>% des BNE 2013</b>
441,7	217%	0,05%
511,4	67%	0,25%
-26,8	-2%	0,31%
580,1	17%	0,11%
246,9	76%	0,22%
819,1	19%	0,18%
-15,4	-14%	0,04%
4.056,8	134%	0,28%
56,9	14%	0,25%
9,0	127%	0,12%
70,9	6%	0,06%
1.674,3	94%	0,07%
1.042,5	85%	0,13%
412,3	507%	0,04%
-3,3	-2%	0,36%
22,1	57%	0,04%
-582,2	-26%	0,20%
6,9	0%	0,32%
111,6	44%	0,09%
118,2	162%	0,04%
111,3	53%	0,15%
785,6	65%	0,35%
242,1	41%	0,12%
18,9	139%	0,03%
18,5	-	0,04%
-206,9	-22%	0,05%
42,4	130%	0,04%
4.902,6	73%	0,07%

1.301,6	27%	n/a
---------	-----	-----

15.467,5	48%	0,11%
6.713,9	34%	0,16%
13.146,4	61%	0,10%

**AFRIKA ODA ALS % DES BNE (OHNE BILATERALEN SCHULDENERLASS)**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Australien</b>	0,02%	0,02%	0,03%	0,02%	0,02%	0,02%	0,04%	0,04%	0,05%	0,05%
<b>Belgien</b>	0,17%	0,19%	0,20%	0,18%	0,22%	0,24%	0,23%	0,22%	0,18%	0,25%
<b>Dänemark</b>	0,35%	0,34%	0,36%	0,37%	0,36%	0,39%	0,38%	0,38%	0,36%	0,31%
<b>Deutschland</b>	0,10%	0,09%	0,10%	0,11%	0,12%	0,13%	0,12%	0,13%	0,12%	0,11%
<b>Finnland</b>	0,14%	0,15%	0,17%	0,17%	0,18%	0,23%	0,22%	0,21%	0,23%	0,22%
<b>Frankreich</b>	0,17%	0,16%	0,19%	0,18%	0,17%	0,21%	0,20%	0,19%	0,17%	0,18%
<b>Griechenland</b>	0,04%	0,04%	0,05%	0,05%	0,06%	0,05%	0,05%	0,04%	0,04%	0,04%
<b>Großbritannien</b>	0,13%	0,12%	0,17%	0,16%	0,17%	0,20%	0,24%	0,23%	0,23%	0,28%
<b>Irland</b>	0,24%	0,24%	0,31%	0,30%	0,35%	0,32%	0,31%	0,29%	0,27%	0,25%
<b>Island</b>	0,06%	0,06%	0,11%	0,09%	0,20%	0,15%	0,14%	0,10%	0,10%	0,12%
<b>Italien</b>	0,06%	0,09%	0,05%	0,07%	0,08%	0,06%	0,06%	0,06%	0,05%	0,06%
<b>Japan</b>	0,04%	0,03%	0,06%	0,03%	0,05%	0,05%	0,06%	0,05%	0,05%	0,07%
<b>Kanada</b>	0,08%	0,12%	0,12%	0,11%	0,14%	0,13%	0,14%	0,13%	0,14%	0,13%
<b>Korea</b>	0,01%	0,02%	0,01%	0,02%	0,02%	0,02%	0,02%	0,03%	0,04%	0,04%
<b>Luxemburg</b>	0,35%	0,35%	0,43%	0,43%	0,44%	0,47%	0,48%	0,42%	0,40%	0,36%
<b>Neuseeland</b>	0,03%	0,03%	0,03%	0,02%	0,03%	0,03%	0,02%	0,03%	0,02%	0,04%
<b>Niederlande</b>	0,32%	0,30%	0,24%	0,26%	0,26%	0,23%	0,19%	0,21%	0,18%	0,20%
<b>Norwegen</b>	0,37%	0,36%	0,35%	0,33%	0,33%	0,34%	0,34%	0,32%	0,29%	0,32%
<b>Österreich</b>	0,07%	0,07%	0,09%	0,08%	0,08%	0,11%	0,10%	0,09%	0,09%	0,09%
<b>Polen</b>	0,02%	0,02%	0,05%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,02%	0,03%	0,04%
<b>Portugal</b>	0,10%	0,11%	0,11%	0,11%	0,16%	0,13%	0,18%	0,21%	0,20%	0,15%
<b>Schweden</b>	0,27%	0,35%	0,35%	0,35%	0,37%	0,39%	0,33%	0,38%	0,37%	0,35%
<b>Schweiz</b>	0,10%	0,10%	0,11%	0,10%	0,10%	0,11%	0,10%	0,12%	0,12%	0,12%
<b>Slowakei</b>	0,02%	-	0,05%	0,05%	0,05%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%
<b>Slowenien</b>	-	0,00%	0,00%	0,00%	0,03%	0,04%	0,03%	0,03%	0,04%	0,04%
<b>Spanien</b>	0,08%	0,07%	0,09%	0,11%	0,14%	0,17%	0,13%	0,10%	0,05%	0,05%
<b>Tschechische Republik</b>	0,02%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,04%	0,04%	0,04%	0,04%
<b>USA</b>	0,05%	0,04%	0,04%	0,05%	0,06%	0,07%	0,07%	0,07%	0,07%	0,07%

<b>DAC</b>	0,08%	0,08%	0,09%	0,09%	0,10%	0,11%	0,11%	0,11%	0,10%	0,11%
<b>EU19</b>	0,13%	0,13%	0,14%	0,15%	0,15%	0,17%	0,16%	0,16%	0,15%	0,16%
<b>G7</b>	0,07%	0,07%	0,08%	0,08%	0,09%	0,10%	0,10%	0,10%	0,10%	0,10%

**ODA SUB-SAHARA AFRIKA (OHNE BILATERALEN SCHULDENERLASS) (MILLIONEN US-DOLLAR, PREISE 2013)**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Australien</b>	186,9	212,2	329,9	257,0	219,9	298,7	415,8	477,5	664,8	630,9
<b>Belgien</b>	676,7	768,7	850,9	803,4	1.031,0	1.061,8	1.078,2	1.024,4	837,5	1.183,0
<b>Dänemark</b>	1.024,0	1.071,0	1.138,1	1.199,4	1.149,5	1.203,0	1.153,1	1.117,7	1.099,9	1.019,6
<b>Deutschland</b>	2.874,5	2.300,5	3.007,4	3.205,9	3.605,9	3.554,5	3.687,8	3.727,5	3.630,7	2.999,9
<b>Finnland</b>	280,2	316,5	385,5	401,5	421,5	482,3	530,3	478,2	496,2	489,1
<b>Frankreich</b>	3.259,4	3.163,4	3.829,1	4.060,8	3.920,1	4.648,6	4.607,4	4.008,3	3.406,3	3.972,1
<b>Griechenland</b>	79,0	87,0	125,3	109,6	149,1	125,0	120,7	73,9	66,0	64,3
<b>Großbritannien</b>	2.668,3	2.753,1	3.970,6	3.691,3	4.040,4	4.407,5	5.393,0	5.241,3	5.042,4	6.542,0
<b>Irland</b>	387,2	410,0	568,0	581,7	659,4	548,4	518,6	474,8	459,8	437,2
<b>Island</b>	7,1	8,0	14,9	12,3	18,5	18,0	15,0	12,1	12,7	16,1
<b>Italien</b>	916,8	1.765,7	862,2	1.399,4	1.524,6	1.139,2	1.132,0	1.035,1	813,1	1.008,4
<b>Japan</b>	1.506,3	1.610,6	3.110,8	1.590,3	2.366,6	2.174,8	2.722,1	2.356,6	2.649,0	3.312,6
<b>Kanada</b>	1.102,8	1.282,9	1.505,5	1.338,1	2.087,9	1.674,5	2.076,9	1.932,3	2.301,0	2.110,0
<b>Korea</b>	70,6	124,6	63,7	123,8	161,7	184,1	237,7	272,4	400,7	457,4
<b>Luxemburg</b>	144,9	153,2	173,9	182,3	189,7	200,4	182,9	164,6	157,7	146,1
<b>Neuseeland</b>	37,0	40,0	36,3	35,9	40,4	42,6	34,4	40,0	25,5	59,4
<b>Niederlande</b>	2.054,3	2.022,0	1.712,5	1.932,2	2.050,7	1.697,9	1.468,1	1.610,3	1.352,0	1.505,3
<b>Norwegen</b>	1.455,7	1.499,6	1.523,4	1.514,4	1.482,9	1.514,3	1.449,8	1.437,7	1.381,7	1.524,0
<b>Österreich</b>	224,5	239,6	305,0	288,6	296,5	365,4	367,6	306,7	320,5	312,1
<b>Polen</b>	61,7	73,8	185,9	80,6	105,1	122,2	109,0	87,8	91,0	147,2
<b>Portugal</b>	193,6	209,8	230,3	206,4	240,8	231,4	395,5	454,9	349,6	296,6
<b>Schweden</b>	1.097,6	1.534,0	1.563,5	1.686,7	1.782,4	1.758,0	1.613,0	1.922,5	1.765,4	1.859,5
<b>Schweiz</b>	567,5	577,3	668,0	579,0	552,4	606,0	644,7	661,9	710,7	774,8
<b>Slowakei</b>	11,5	42,2	37,5	37,3	44,3	20,7	23,0	19,3	21,3	24,2
<b>Slowenien</b>	0,0	0,0	0,0	0,0	13,9	16,3	14,5	12,6	13,6	14,1
<b>Spanien</b>	682,6	738,9	942,7	1.185,7	1.498,1	1.649,4	1.383,8	954,1	476,6	570,3
<b>Tschechische Republik</b>	27,0	39,6	43,5	45,3	52,5	48,6	57,5	53,1	56,1	58,1
<b>USA</b>	5.836,6	5.706,7	6.018,2	6.448,9	8.363,0	9.424,3	9.848,9	9.991,5	11.348,3	11.189,2

<b>EU institutionen</b>	3.924,0	4.220,8	4.263,2	4.447,6	4.877,2	4.830,8	4.967,8	4.502,6	5.161,9	4.592,1
-------------------------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

<b>DAC</b>	27.434,1	28.750,7	33.202,5	32.997,7	38.068,7	39.218,1	41.281,3	39.949,1	39.950,0	42.723,4
<b>EU19</b>	16.663,7	17.688,7	19.931,9	21.098,1	22.775,5	23.280,7	23.836,0	22.767,3	20.455,8	22.648,9
<b>G7</b>	18.164,6	18.582,9	22.303,8	21.734,7	25.908,6	27.023,6	29.468,1	28.292,7	29.190,8	31.134,2

Veränderung 2004-13	Prozentuale Änderung 2004-13	ODA als % des BNI 2013
444,1	238%	0,04%
506,3	75%	0,23%
-4,4	0%	0,30%
125,3	4%	0,08%
208,8	75%	0,19%
712,8	22%	0,14%
-14,7	-19%	0,03%
3.873,7	145%	0,26%
50,0	13%	0,24%
9,0	127%	0,12%
91,6	10%	0,05%
1.806,3	120%	0,07%
1.007,3	91%	0,12%
386,8	548%	0,03%
1,2	1%	0,34%
22,4	61%	0,03%
-549,0	-27%	0,19%
68,3	5%	0,29%
87,6	39%	0,08%
85,5	139%	0,03%
103,0	53%	0,14%
761,9	69%	0,32%
207,3	37%	0,11%
12,7	110%	0,03%
14,1	-	0,03%
-112,2	-16%	0,04%
31,1	115%	0,03%
5.352,7	92%	0,07%

668,1	17%	n/a
-------	-----	-----

15.289,3	56%	0,10%
5.985,2	36%	0,13%
12.969,6	71%	0,09%



**ODA SUB-SAHARA AFRIKA (OHNE BILATERALEN SCHULDENERLASS) ALS % DES BNE**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Australien</b>	0,02%	0,02%	0,03%	0,02%	0,02%	0,02%	0,03%	0,04%	0,05%	0,04%
<b>Belgien</b>	0,15%	0,17%	0,18%	0,16%	0,21%	0,22%	0,22%	0,20%	0,16%	0,23%
<b>Dänemark</b>	0,32%	0,32%	0,33%	0,34%	0,33%	0,36%	0,35%	0,33%	0,32%	0,30%
<b>Deutschland</b>	0,09%	0,07%	0,09%	0,09%	0,10%	0,10%	0,10%	0,10%	0,10%	0,08%
<b>Finnland</b>	0,12%	0,13%	0,15%	0,15%	0,16%	0,20%	0,20%	0,18%	0,19%	0,19%
<b>Frankreich</b>	0,13%	0,12%	0,14%	0,15%	0,14%	0,17%	0,17%	0,14%	0,12%	0,14%
<b>Griechenland</b>	0,03%	0,03%	0,04%	0,03%	0,05%	0,04%	0,04%	0,03%	0,03%	0,03%
<b>Großbritannien</b>	0,12%	0,12%	0,16%	0,15%	0,16%	0,18%	0,22%	0,21%	0,20%	0,26%
<b>Irland</b>	0,23%	0,23%	0,30%	0,30%	0,33%	0,31%	0,30%	0,28%	0,26%	0,24%
<b>Island</b>	0,06%	0,06%	0,11%	0,09%	0,19%	0,15%	0,14%	0,10%	0,10%	0,12%
<b>Italien</b>	0,04%	0,08%	0,04%	0,06%	0,07%	0,05%	0,05%	0,05%	0,04%	0,05%
<b>Japan</b>	0,03%	0,03%	0,06%	0,03%	0,05%	0,05%	0,06%	0,05%	0,05%	0,07%
<b>Kanada</b>	0,07%	0,08%	0,10%	0,08%	0,13%	0,11%	0,13%	0,11%	0,13%	0,12%
<b>Korea</b>	0,01%	0,01%	0,01%	0,01%	0,02%	0,02%	0,02%	0,02%	0,03%	0,03%
<b>Luxemburg</b>	0,33%	0,33%	0,40%	0,38%	0,40%	0,45%	0,43%	0,39%	0,37%	0,34%
<b>Neuseeland</b>	0,03%	0,03%	0,03%	0,02%	0,03%	0,03%	0,02%	0,02%	0,02%	0,03%
<b>Niederlande</b>	0,29%	0,27%	0,22%	0,24%	0,24%	0,22%	0,18%	0,19%	0,17%	0,19%
<b>Norwegen</b>	0,33%	0,33%	0,33%	0,31%	0,30%	0,31%	0,30%	0,29%	0,27%	0,29%
<b>Österreich</b>	0,06%	0,06%	0,08%	0,07%	0,07%	0,09%	0,09%	0,07%	0,08%	0,08%
<b>Polen</b>	0,02%	0,02%	0,05%	0,02%	0,02%	0,03%	0,02%	0,02%	0,02%	0,03%
<b>Portugal</b>	0,10%	0,10%	0,11%	0,10%	0,11%	0,11%	0,18%	0,21%	0,16%	0,14%
<b>Schweden</b>	0,24%	0,33%	0,32%	0,32%	0,34%	0,36%	0,30%	0,35%	0,31%	0,32%
<b>Schweiz</b>	0,10%	0,09%	0,11%	0,10%	0,10%	0,10%	0,10%	0,10%	0,11%	0,11%
<b>Slowakei</b>	0,02%	-	0,05%	0,04%	0,05%	0,02%	0,03%	0,02%	0,02%	0,03%
<b>Slowenien</b>	-	0,00%	0,00%	0,00%	0,03%	0,04%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%
<b>Spanien</b>	0,05%	0,06%	0,07%	0,08%	0,10%	0,12%	0,10%	0,07%	0,04%	0,04%
<b>Tschechische Republik</b>	0,02%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%	0,03%
<b>USA</b>	0,04%	0,04%	0,04%	0,04%	0,05%	0,06%	0,06%	0,06%	0,07%	0,07%

<b>DAC</b>	0,07%	0,07%	0,08%	0,08%	0,09%	0,10%	0,10%	0,09%	0,09%	0,10%
<b>EU19</b>	0,11%	0,11%	0,12%	0,13%	0,13%	0,14%	0,14%	0,14%	0,12%	0,13%
<b>G7</b>	0,06%	0,06%	0,07%	0,07%	0,08%	0,08%	0,09%	0,08%	0,08%	0,09%

# ENDNOTEN

## ZUSAMMENFASSUNG

- <sup>1</sup> United Nations, Millennium Development Goals, <http://www.un.org/millenniumgoals/>.
- <sup>2</sup> World Bank, Poverty & Equity Data, <http://povertydata.worldbank.org/poverty/home/>.
- <sup>3</sup> UNGA Resolution (20. Dezember 2013), Follow-up to the International Conference on Financing for Development (68/204), [http://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/RES/68/204&Lang=E](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/68/204&Lang=E).
- <sup>4</sup> World Bank, Poverty & Equity Data, op. cit.; Development Initiatives (2013), Where are the poor and where will they be?, <http://devinit.org/data-visualization/data-visualization-poverty-map/>; Edward, P./Sumner, A. (2013), The Future of Poverty in a Multi-Speed World.
- <sup>5</sup> UN (2014), List of Least Developed Countries, [http://www.un.org/en/development/desa/policy/cdp/ldc/ldc\\_list.pdf](http://www.un.org/en/development/desa/policy/cdp/ldc/ldc_list.pdf); IMF (April 2014), World Economic Outlook.
- <sup>6</sup> OECD DAC (22. Oktober 2013), „The Where“ of Development Finance: Towards Better Targetting of Concessional Finance (DCD/DAC(2013)29), <http://www.oecd.org/dac/externalfinancingfordevelopment/documentupload/ERG%20S2%20Jan%202014%20-%20The%20Where%20of%20Development%20Finance%20-%20Towards%20Better%20Targetting%20DCD-DAC-2013-29-ENG.pdf>;
- <sup>7</sup> OECD DAC (22. Oktober 2013), „The Where“ of Development Finance; op. cit.
- <sup>8</sup> Wenn die Gesamt-ODA im Verhältnis zum BNE beispielsweise 0,75% beträgt, wäre das UN-LDC-Ziel (mindestens 0,15%) bereits erreicht, wenn nur ein Fünftel der Gesamt-ODA an diese Ländergruppe fließt.
- <sup>9</sup> Der Diskontsatz oder Referenzsatz ist der Zinssatz, der bei Betrachtung der zeitlichen Wertentwicklung von Geld dazu dient, zukünftige Werte in die Gegenwart vorzuziehen. Der Diskontsatz soll die „Kosten“ des Gebers beim Verleih des Geldes näherungsweise abbilden – auf der Basis der erwarteten Rendite, die der Geber realisieren würde, wenn er das Geld behielte und investierte. Weitere Erläuterungen dazu finden Sie in Abschnitt 2 des englischen Gesamtberichtes.
- <sup>10</sup> Eine Option wäre der 5-%-Benchmark von IWF und Weltbank für die Auslandsverschuldungsanalyse in Ländern mit niedrigem Einkommen (LICs). Eine zweite Option besteht im Rückgriff auf DDRs (Differentiated Discount Rates), die sich ändernde Marktrealitäten besser widerspiegeln, weil sie währungsspezifisch sind und jährlich angepasst werden. Die DDRs werden bereits im Rahmen des OECD-Übereinkommens über Leitlinien für öffentlich unterstützte Exportkredite als Referenzsätze für die Ermittlung des Konzessionalitätsgrades von Darlehen genutzt. Weitere Erläuterungen dazu finden Sie in Abschnitt 2 des englischen Gesamtberichtes.
- <sup>11</sup> Als Zuschusselement wird der kalkulatorische Betrag eines konzessionären Kredites bezeichnet, um den die Kosten für den Darlehensnehmer unter den Kosten eines Marktkredites liegen.

## WO STEHT DEUTSCHLAND?

- <sup>1</sup> EU15 steht für die 15 EU-Mitgliedstaaten, die der Union schon vor 2004 angehörten. Sie sind durchgängig Mitglieder des DAC (Development Assistance Committee) und verpflichteten sich, bis 2015 einen ODA-Anteil am BNE von 0,7 Prozent zu erreichen: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien und Schweden.
- <sup>2</sup> Die regionale Aufschlüsselung anderer Ministerien liegt noch nicht vor. Dieser Effekt schlägt 2013 möglicherweise besonders stark zu Buche, weil es das erste Jahr ist, in dem sich die Zuständigkeit für die Soforthilfe-Budgets (in Höhe von 87 Millionen Euro) vom BMZ auf das Auswärtige Amt verlagerte.
- <sup>3</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Januar 2014), Bilaterale ODA-Rangliste 2012, [http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen\\_fakten/leistungen/bilaterale\\_oda\\_rangliste\\_2012/index.html](http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/leistungen/bilaterale_oda_rangliste_2012/index.html).
- <sup>4</sup> Bundesministerium der Finanzen (April 2014), Informationsvermerk für den Haushaltsausschuss und den AWZ zu den Vertraulichen Erläuterungen 2014 für die bilaterale FZ und TZ, S. 9.
- <sup>5</sup> Bundestag (9. April 2014), Plenarprotokoll 29. Sitzung, 18. Wahlperiode, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18029.pdf>, S. 2408.
- <sup>6</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (März 2014), Die neue Afrika-Politik des BMZ – Afrika auf dem Weg vom Krisen- zum Chancenkontinent, [http://www.bmz.de/de/presse/aktuelle-Meldungen/2014/maerz/140321\\_pm\\_025\\_Die-neue-Afrika-Politik-des-BMZ/25\\_Die-neue-Afrikapolitik\\_des-BMZ.pdf](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelle-Meldungen/2014/maerz/140321_pm_025_Die-neue-Afrika-Politik-des-BMZ/25_Die-neue-Afrikapolitik_des-BMZ.pdf), S. 8.

- <sup>7</sup> Diese Mittel unterstützen den Kampf gegen den „versteckten Hunger“, also die Mangelernährung von Menschen aufgrund fehlender Mikronährstoffe, obwohl ausreichendes Essen vorhanden ist.
- <sup>8</sup> Letztmalig erhöhte Deutschland seine Beiträge in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 (ausgenommen die einmalige Aufstockung in 2014). Australien, Kanada, die Europäische Kommission, Frankreich, Japan, Norwegen und die USA haben ihren Beitrag in der Auffüllungsrunde 2010 und/oder 2013 jeweils erhöht.
- <sup>9</sup> Aktionsbündnis gegen Aids, (Oktober 2012): „Ein fairer deutscher Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria“, [http://www.aids-kampagne.de/fileadmin/Downloads/Global\\_Fund/Factsheet\\_Deutscher\\_GFATM-fair\\_share.pdf](http://www.aids-kampagne.de/fileadmin/Downloads/Global_Fund/Factsheet_Deutscher_GFATM-fair_share.pdf).
- <sup>10</sup> Um als ODA zu zählen, ist ein Zuschuss-element von mindestens 25 Prozent vonnöten.
- <sup>11</sup> Der Referenzsatz ist der Zinssatz, der bei Betrachtung der zeitlichen Wertentwicklung von Geld dazu dient, zukünftige Werte in die Gegenwart vorzuziehen. Der Diskontsatz soll die Kosten des Gebers beim Verleih des Geldes näherungsweise abbilden – auf der Basis der erwarteten Rendite, die der Geber realisieren würde, wenn er das Geld behielte und investierte. Weitere Erläuterungen dazu finden Sie in Abschnitt 2 des englischen Gesamtberichtes.
- <sup>12</sup> Publish What You Fund (2013), Aid Transparency Index: Germany, <http://ati.publishwhatyoufund.org/major-donor/germany/>.
- <sup>13</sup> Die Open Government Partnership ist eine internationale Plattform für reformorientierte Regierungsmitarbeiter und Experten, die ihre Regierungen transparenter und rechenschaftspflichtiger gestalten wollen. <http://www.opengovpartnership.org/>.
- <sup>14</sup> Bundesregierung (Dezember 2013), Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=2).
- <sup>15</sup> Siehe dazu beispielsweise: SPD (Oktober 2013), Verantwortung für mehr soziale Gerechtigkeit, [http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/110748/20131020\\_beschluss\\_konvent.html](http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/110748/20131020_beschluss_konvent.html).
- <sup>16</sup> Berliner Zeitung (Januar 2014), Wir können nicht weiter so tun, als wüssten wir von nichts, <http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/entwicklungsminister-gerdmueller--wir-koennen-nicht-weiter-so-tun--als-wuessten-wir-von-nichts-,10808230,26053266.html>.
- <sup>17</sup> Debt2Health ist das innovative Finanzierungsinstrument des Globalen Fonds, in dessen Rahmen Schuldenerlasse im Austausch für eigene Investitionen der Schuldnerländer in nationale Gesundheitsprogramme gewährt werden.
- <sup>18</sup> Tax Justice Network (2013), Financial Secrecy Index: Germany, <http://www.financialsecrecyindex.com/PDF/Germany.pdf>.
- <sup>19</sup> Bundesregierung (Dezember 2013), Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, op. cit.
- <sup>20</sup> Es ist zu beachten, dass es sich bei den 2 Mrd. € um eine kumulative Zahl handelt. Gemessen am Ausgangswert für 2013 ergeben sich bei linearer Fortschreibung 200 Mio. € mehr im Haushaltsjahr 2014, 400 Mio. € mehr in HJ 2015, 600 Mio. € mehr in HJ 2016 und 800 Mio. € mehr in HJ 2017.
- <sup>21</sup> „Entwicklungsministerium fordert mehr Geld für Irak-Hilfe“, [http://www.deutschlandfunk.de/entwicklungsministerium-fordert-mehr-geld-fuer-irak-hilfe.353.de.html?drn:news\\_id=399433](http://www.deutschlandfunk.de/entwicklungsministerium-fordert-mehr-geld-fuer-irak-hilfe.353.de.html?drn:news_id=399433).
- <sup>22</sup> Publish What You Fund (2013) Aid Transparency Index, Germany, op. cit.
- <sup>23</sup> Bundesregierung (Juni 2011), Deutschland und Afrika. Konzept der Bundesregierung, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/581096/publicationFile/155321/110615-Afrika-Konzept-download.pdf>, S. 54.
- <sup>24</sup> Erklärung von Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, auf der Konferenz Europe's Run-up to Rio+20. Joining Forces for Sustainable Energy, vom 11. Juni 2012; siehe: [http://www.bmz.de/de/presse/aktuelle-Meldungen/archiv/2012/juni/20120611\\_jahresthema/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelle-Meldungen/archiv/2012/juni/20120611_jahresthema/index.html).
- <sup>25</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau (August 2013), Innovation wirkt. Technologie für Entwicklung. Jahresbericht über die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern 2012, [http://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Jahresberichte/2012\\_Jahresbericht\\_E.pdf](http://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Jahresberichte/2012_Jahresbericht_E.pdf), S. 46.
- <sup>26</sup> Ebenda, S. 52.

## **BÜROS**

### **BERLIN**

Luisenstraße 40  
10117 Berlin  
Deutschland

### **BRÜSSEL**

3rd Floor  
Rue d'Idalie 9-13  
1050 Brussels  
Belgien

### **JOHANNESBURG**

Silverstream Office Park  
Main Building, 1st Floor  
10 Muswell Road  
Bryanston 2191  
Johannesburg  
Südafrika

### **LONDON**

151 Wardour Street  
London, W1F 8WE  
Großbritannien

### **NEW YORK**

49 W. 27th Street  
Floor 3  
New York, NY 10005  
USA

### **PARIS**

47 rue du Montparnasse  
75014 Paris  
Frankreich

### **WASHINGTON, DC**

1400 Eye Street NW  
Suite 600  
Washington, DC 20005  
USA

### **ONE.ORG**